



Sozialorientierte Stadtentwicklung

Tagungsband zur Workshopreihe "Kommunale Neuorientierung der sozialen Stadtentwicklung"



**Landeshauptstadt Erfurt
Stadtverwaltung**



**Dezernat Stadtentwicklung,
Verkehr und Wirtschaftsförderung**

Beigeordneter:

Herr Ingo Mlejnek

Stadtentwicklungsamt


Amtsleiter

Herr Ulrich Reichardt

Projektverantwortliche:

Frau Sylke Osterloh

Moderation und inhaltliche Aufbereitung:

Büro Soziale – Agentur für konzeptionelle Entwicklung  ©

Technische Bearbeiter:

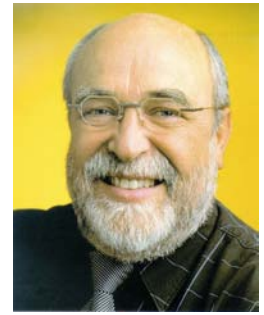
Praktikantin Frau Susanne Rham

Telefon 0361/ 655 2322

Fax 0361/ 655 2309

Stadtentwicklung@erfurt.de

Juli 2004



Die Stadt Erfurt steht vor neuen Aufgaben. Die Globalisierung sowie die Einigung Europas und die damit einhergehenden wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen wirken auf den städtischen Raum.

Zu diesen von außen wirkenden Kräften kommt die demografische Entwicklung innerhalb der Stadt Erfurt mit der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung und die sozialräumliche Entwicklung innerhalb des Stadtgebietes hinzu. Die Neustrukturierungen der Gesundheits- und Sozialsysteme in Deutschland mit ihren gesetzlichen Veränderungen obliegen zwar der Bundes- und Landesebene, aber die Umsetzung und Auswirkungen berühren die Stadt Erfurt wie auch alle anderen Kommunen unmittelbar. Der sich seit Jahren verschärfende Trend unter dem Motto "Kommunen in der Krise" mit rückläufigen Finanzbudgets der Kommunen signalisiert das Erfordernis des Umdenkens für eine Stadt wie Erfurt.

Die Lösung dieser anstehenden Probleme bringt neue Herausforderungen für die Politik in Bund, Land und Kommune, für das Individuum, die Familien, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, für die sozialen Sicherungssysteme, das Gesundheitswesen, den Wohnungsmarkt, die Städte- und Verkehrsplanung, aber auch für die Bildung und Wissenschaft. Um Visionen und Strategien künftiger Entwicklung bis hin zu einem Sozialen Leitbild für die Stadt Erfurt zu entwerfen, das Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Erfurt werden wird, wurde erstmalig für den Schwerpunktbereich "Sozialraum Stadt" eine neue Herangehensweise praktiziert.

Im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2003 wurde in der Stadt Erfurt eine Workshopreihe durchgeführt. Anliegen des Stadtentwicklungsamtes der Stadtverwaltung Erfurt war es, zusammen mit Fachplanern, Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft und aus den zuständigen Institutionen gemeinsam neue Zielrichtungen für die Stadt zu formulieren. Die Workshops stellen einen grundsätzlichen Baustein auf dem Weg zu einem neuausgerichteten, den neuen Anforderungen entsprechenden Stadtentwicklungskonzept, dar.

Obwohl eine thematische Abgrenzung sehr schwierig war, wurden folgende fünf unterschiedliche Schwerpunktbereiche definiert:

- die demografische Entwicklung und Schlussfolgerungen für die Sozial- und Gesundheitssysteme der Stadt Erfurt,
- die wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt,
- Migration und Integration im kommunalen Bereich,
- Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor sowie
- Sozialstruktur und soziale Infrastruktur.

In den Diskussionen zeigte sich rasch die Notwendigkeit, Vernetzungen zwischen den verschiedenen Themen zu entwickeln.

Zu jedem Thema wurden zunächst die Ausgangssituation, die Problemaufrisse und anschließend mögliche Lösungsansätze diskutiert. In verschiedenen Bereichen gelang dies sehr gut, weil sowohl gute statistische Bestandsanalysen als auch klar identifizierbare

Entwicklungstrends vorlagen. In diesen Bereichen konnten konkrete Sollvorstellungen entwickelt werden.

Daneben kamen auch Themen zur Sprache, die bisher eine eher untergeordnete Rolle in der Betrachtung für die Entwicklung in der Stadt Erfurt spielten. Beispielgebend sei hier die Segregation der Lebensalter und chronische Erkrankungen älterer und hochbetagter Menschen und damit im Zusammenhang die Zunahme der Altersdemenz genannt. Neben Vorschlägen zum Umgang mit diesem Problem wurde gleichzeitig das künftige Ausmaß, resultierend aus der Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung, andiskutiert.

Schwieriger gestaltete es sich in einer weiteren Kategorie, in der, entgegen zahlreicher Diskussionen einer möglichen Entwicklung, weder eine konkrete Ist- Analyse vorlag, oder wenn diese vorlag, dann nur in Fragmenten. Zum anderen muss eingeschätzt werden, dass die Kommune, hier die Stadt Erfurt, kaum Möglichkeiten eines Eingriffs hat. Beispielgebend ist hier die Problematik der Kommunalen Beschäftigungsförderung, deren erfolgreiches Gelingen nur mit einer aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung einher geht, zu nennen.

Perspektivisch besteht in vielen angesprochenen Schwerpunktthemen noch Untersuchungs- und Entwicklungsbedarf. Künftig müssen alle Ressourcen auf den unterschiedlichen Ebenen zunächst erkannt, besser genutzt, auf ihre Aktualität geprüft und im Bedarfsfall neu geordnet werden.

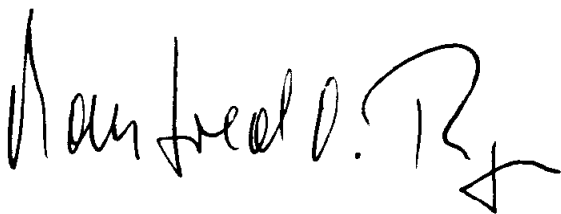
Als roter Faden durch alle Workshops zog sich die Problematik der Netzwerke. Hier wurde gefragt nach neuen, wurden bestehende kritisiert, oder auch einfach nur auf ihre Tauglichkeit hin betrachtet. Einen allgemeingültigen Leitfaden für das Funktionieren gibt es nicht. Die Ausgangssituationen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben der einzelnen Schwerpunkte, die diskutiert werden müssen, sind dabei zu unterschiedlich.

Insgesamt muss aber eingeschätzt werden, dass gerade im sozialen und gesundheitlichen Bereich lediglich Planungen bezüglich der vorzuhaltenden Infrastruktur möglich und erforderlich sind. Die Einkommensentwicklung und damit einhergehende Einkommensunterschiede, daraus resultierende Segregationstendenzen, sind nicht planbar.

Zielformulierungen wie die vorliegenden Leitziele basieren zunächst auf den Leitzielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die im Rahmen des Lokalen Agenda 21-Prozesses entstanden, gepaart mit den Leitzielen der verschiedenen Fachplanungen, enthalten verbale Visionen. Nach umfassenderen Diskussionen liegt nun ein erweiterter Leitzielentwurf, geprüft auf Bestand der neuen Anforderungen im Einklang der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, vor.

Auf diesem Weg möchte ich mich nochmals für die Teilnahme bei den Professoren der Universität und der Fachhochschule Erfurt, den Teilnehmern aus Industrie und Handel, der Agentur für Arbeit, den Teilnehmern der unterschiedlichen Vereine und Verbände und nicht zuletzt dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaftsförderung, dem Beigeordneten für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit sowie Fachplanern der Stadtverwaltung für ihre aktive Mitarbeit danken.

Dank auch an das Büro Soziale - Agentur für konzeptionelle Entwicklungen für die Moderation und inhaltliche Aufbereitung der Workshops.



Manfred O. Ruge
Oberbürgermeister

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der Erfurter sozialorientierten Stadtentwicklung stehen Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Ausgleich. Wohn-, Mobilitäts- und Versorgungsbedürfnisse sollen für alle abgedeckt werden. Neue Wege sozialverträglicher Entwicklung von Stadtlandschaften stehen auf dem Programm.

Erfurt ist als weltoffene, zukunftsfähige, barrierefreie, funktional und sozial gemischte Stadt weiterzuentwickeln.

Dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entsprechen insbesondere die folgenden Zielsetzungen der sozialen Stadtentwicklung:

1. Zentrales Ziel von sozialer Stadtentwicklung ist es, den Bewohnern das Vertrauen in ihre Kompetenz, eine gesellschaftlich sinnvolle und akzeptierte Rolle übernehmen zu können, zu stärken. Dafür ist es notwendig, dass sie Einfluss auf die Entwicklung der eigenen Situation und auf die Entwicklung ihres Stadtteils nehmen können. Über Integration und Partizipation der Bewohner sollen alle ablaufenden Planungsprozesse verträglich gestaltet werden.
2. Soziale Stadtentwicklung verfolgt das Ziel der Verknüpfung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Stadtentwicklung und wird getragen vom ressortübergreifenden Handlungsansatz. Integration als Strategie: Damit verbunden ist sowohl das Vertreten der spezifischen Fachplanungen durch integriertes Denken und Handeln wie auch die Vernetzung der verschiedenen Ebenen - von der kleinräumigen bis zur gesamstädtischen Ebene.
3. Die Bestandsentwicklung, die an den vorhandenen Ressourcen und Potenzialen anknüpft, ist zur prioritären Stadtentwicklungsstrategie auszugestalten. Dazu sind die verfügbaren wirtschaftlichen, sozialen, städtebaulichen, kulturellen und ökologischen Potenziale auf der gesamstädtischen und stadtteilbezogene Ebene auszuschöpfen.
4. Soziale Stadtentwicklung setzt im Sinne von Zukunftsfähigkeit auf frühzeitige Prävention zur Vermeidung von aufwändigen Interventionsmaßnahmen und hohen Folgekosten.

Leitziele und Strategien/Leitlinien (Maßnahmen) der sozialen Entwicklung

Demografische Entwicklung und Schlussfolgerungen auf sozial- und Gesundheitssysteme (Überalterung der Bevölkerung)

Die Stadt Erfurt wird sich in der weiteren Entwicklung der Gesundheits- und anderen Hilfeangebotsstruktur an den demographischen Entwicklungen¹ orientieren und diese berücksichtigen. Dazu werden die Träger sozialer Arbeit und Gesundheitseinrichtungen in die Planungsprozesse einbezogen. Als wichtige Schwerpunkte dabei werden Gesundheitsprävention², die Betreuung Älterer und Hochbetagter entsprechend deren Bedürfnisse und die Anpassung der Hilfen und Angebote für chronisch Kranke gesehen. Eine effektivere Struktur der Kommunikation und funktionierende Netzwerke, in die sowohl die Träger sozialer Arbeit als auch die Kommune eingebunden sind, tragen auch in den

¹ vgl. Bevölkerungsprognose, Kommunalstatistisches Heft 48

² vgl. Grundsätze des Gesunden-Städte-Netzwerkes

Zeiten knapper Kassen zu einer Verbesserung der Angebote im Bereich der sozialen Arbeit bei.

Die Stadt strebt eine engere Zusammenarbeit mit den in ihr agierenden Trägern sozialer Arbeit und Anbietern sozialer Dienstleistungen für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen an. Dadurch sollen die auftretenden neuen oder sich durch die Entwicklung verstärkenden alten Probleme in eine bessere Bearbeitungsebene gehoben werden. Die Stadt wird möglichen Segregationstendenzen entgegenwirken und einer sozialen Entmischung der Bevölkerung mit der Gefahr der Vergreisung oder Verarmung ganzer Stadtgebiete entgegenwirken. Sie wird sich dabei in ihrer Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf eine enge Zusammenarbeit mit allen ortsansässigen Akteuren stützen.

Zur Erreichung des Leitzieles sind Maßnahmen für folgende Schwerpunkte zu entwickeln:

- Entwicklungs- und Ausbaubedarf der Kommunikation von Trägern
- Nachwuchsmangel im Bereich der sozialen Dienste
- Segregation der Lebensalter und chronische Erkrankungen älterer/hochbetagter Menschen
- Neue Altersarmut.

Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt

Oberstes Ziel ist für die Stadt Erfurt die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die bisherigen arbeits-, beschäftigungs- und wirtschaftsfördernden Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen geprüft, um zielgerichteter arbeits- und beschäftigungsfördernd unterstützen zu können. Durch eine tragfähige Struktur/ ein tragfähiges Netzwerk in der Zusammenarbeit mit allen internen und externen Beteiligten (Unternehmen, Wissenschaft, Kommune und Kammern) wird die Beschäftigungsförderung in der Stadt ausgebaut.

Die Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen als wichtiges Standortpotenzial sind dauerhaft mit der Beschäftigungsförderung zu verknüpfen. Die kommunale Arbeits- und Beschäftigungsförderung ist zukünftig enger mit Ausbildungsstrategien, sowohl hinsichtlich fachlicher Wissensbedarfe als auch der nötigen Rahmenbedingungen (was erwarten mich für Strukturen im Arbeitsprozess) zu verknüpfen und zu entwickeln.

Schnelle und unkomplizierte Abwicklung von Genehmigungsverfahren für Unternehmen gehören zu den hoch zu bewertenden Standortfaktoren. Die Kommune wird in enger Zusammenarbeit mit den Gremien aus Handwerk und Industrie für eine bessere Kommunikation und Vermarktung der erreichten Standards in diesem Bereich Sorge tragen.

Maßnahmen der Wirtschaftspolitik³ – ungeachtet ob auf Bundes- oder Länderebene – werden bezüglich ihrer Auswirkungen auf die sozialen Entwicklungen in der Stadt zeitnah geprüft. Nur darüber können die unter Umständen notwendigen kompensatorischen Maßnahmen der Stadt rechtzeitig erarbeitet und somit Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden.

Zur Erreichung des Leitzieles sind Maßnahmen für folgende Schwerpunkte zu entwickeln:

- Aufbau von Netzwerken, Möglichkeiten der Kommunikation und Moderationsstrukturen

³ vgl. Auswirkungen auf Kommune durch Hartz IV, Bundesagentur vernichtet Jobs. Neue Vorwürfe gegen Gersters Behörde; „Es ist schon fünf nach zwölf“. Protest gegen Gersters Bundesagentur; in: Thüringer Landeszeitung vom 22.01.2004, S. 1 und ZC TH 2 (Landesspiegel)

-
- Berufsorientierung, Qualifizierung und Fachkräftebedarf
 - Gründerklima in der Stadt
 - Beschäftigungsförderung und Bedarfe; Beschäftigungsfördernde Infrastruktur
 - Konzentrierte und abgestimmte Arbeitsmarktförderung

Migration und Integration im kommunalen Bereich

Erfurt ist eine ausländerfreundliche und weltoffene Stadt, in der Menschen aller Kulturen willkommen sind und in der Fremdenfeindlichkeit keinen Platz hat. Gemeinsam mit den hier ansässigen Institutionen und Verbänden⁴ werden die Stadtverwaltung und das Stadtparlament dafür Sorge tragen, dass möglichen fremdenfeindlichen Tendenzen sofort und mit Nachdruck entgegengewirkt wird. Der politische Wille, Fremdenfeindlichkeit zu verhindern, wird in der Öffentlichkeit deutlich vertreten.

Die Stadt Erfurt als Sozial- und Wirtschaftsraum lebt auch von der Vielfalt an Potenzialen, die Menschen aus anderen Ländern und Kulturen in diese Stadt einbringen. Dies für alle deutlich werden zu lassen, wird in der Öffentlichkeit herauszustellen sein.

Die Stadt Erfurt will eine interkulturell lebendige und internationale Stadt sein. Interkulturell verbindet internationale Bekanntheit mit multikultureller Vielfalt im Inneren der Stadt. Dazu werden auch die Voraussetzungen in Politik und Verwaltung weiter ausgebaut. Dies bedeutet auch, Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt in Politik und Verwaltung einzubeziehen.

Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Da in Zukunft immer mehr Menschen aus anderen Ländern und Kulturen in unsere Stadt kommen werden, wird die Stadt in enger Zusammenarbeit mit allen daran Interessierten ein Integrationskonzept entwickeln, in dem alle Belange von in unsere Stadt zuziehenden Menschen Berücksichtigung finden werden und welches bei Bedarf den sich verändernden Bedingungen angepasst wird. Integration bedeutet dabei das Aufeinanderzugehen von Kommenden und den schon hier Lebenden, dies meint die Menschen ebenso wie die durch sie verkörperten Institutionen.

Zur Erreichung des Leitzieles sollten Maßnahmen für folgende Schwerpunkte entwickelt werden:

- (Be)förderung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung der interkulturellen Kompetenz
- Abbau des Gerüchtes von einer Ausländerfeindlichkeit der Stadt
- Bieten von Teilhabemöglichkeiten von Migrant(inn)en
- Herausstellen des wirtschaftlichen Potenzials von Migration

Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

Ausgehend von einer weitgehenden Definition, wie sie die Stadt Erfurt für sich in Anspruch nimmt, ist „Familie der Ort, wo Kinder leben, unabhängig davon, ob und in welcher Form Eltern oder ein Elternteil mit Partner zusammenleben“⁵. Familienbildende Maßnahmen haben in der Stadt Erfurt eine vorrangige Position. Dazu werden bestehende Angebote ausgebaut und über die Pflichtleistungen hinaus neue Angebote zur Stärkung und Förderung sozialer, erzieherischer und Beziehungs-Kompetenzen geschaffen. Für alle Bereiche der Familienbildung wird auf eine Niederschwelligkeit der Angebote geachtet.

⁴ u.a. Ausländerbeirat der Stadt Erfurt, Netzwerk Integration

⁵ Maßnahmenplan zur Familienbildung und Familienförderung – Stadtratsbeschluss Nr.143/2001 vom 29.08.2001

Der Bildungs- und Ausbildungsbereich erhält erhöhte Aufmerksamkeit und muss in Zukunft neue Perspektiven für Kinder und Jugendliche bieten.

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit besonders weiterzuverfolgen. Die Beachtung von Familienbelangen und die Partizipation von Familien und besonders der von Kindern und Jugendlichen ist eine Querschnittsaufgabe der städtischen Ressorts. Dazu sollen städtische Standards entwickelt werden. Kindertagesstätten erhalten im Interesse von Familienbelangen flexiblere Öffnungszeiten und werden als Kontakt- und Knotenpunkte für vielfältige Maßnahmen mit einem starken Sozialraumbezug, in dem sie die Funktion von Gemeinwesenzentren übernehmen sollen, erweitert. Das Platzangebot besonders für Kleinkinder wird flexibel und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Die räumliche Umgestaltung der Stadt geschieht auch aus einer Perspektive der Kinder und Familien. Für Planungen wird stärker der Blickwinkel der Kinder berücksichtigt. Stadtentwicklungsmaßnahmen werden unter Beteiligung der Einwohner in den jeweiligen Gebieten geplant und durchgeführt. Besondere Beachtung erhalten öffentliche Räume als Begegnungsorte und Spielräume. Unverzichtbar ist der stetige Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV.

Das Prinzip *gender mainstreaming* nimmt in der Politik der Erfurter Stadtentwicklung als Leitgedanke einen zentralen Stellenwert ein. Zukünftige Konzepte sind an diesem Prinzip zu orientieren. Dieses Leitziel steht allen anderen Leitzielen zur Stadtentwicklung voran.

Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und Männern bedingt die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben. Zur Sicherung gleichberechtigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Stadtpolitik schafft die Stadt Erfurt Rahmenbedingungen⁶, die der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Haushalt besser gerecht werden.

Zur Erreichung des Leitzieles sind Maßnahmen für folgende Schwerpunkte zu entwickeln:

- Messung der Kinder- und Familienfreundlichkeit insbesondere an freiwilligen, nicht gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben,
- qualitativ Verbesserung der Pflichtleistungen unter Berücksichtigung sozialpädagogischer Standards,
- Ausbau der niederschweligen Angebote zur Stärkung von Familien- und Erziehungskompetenzen.

Soziale Struktur/ Infrastruktur/ Hilfesystem

Die Stadt wird vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen und dem damit verbundenen Wandel in der Gesellschaft ihre Hilfesysteme anpassen. Dazu werden vorhandene Netzwerke und Strukturen genutzt und gefördert. Aufgrund ihrer überblickenden Betrachtungs- und Analysefähigkeit⁷ übernimmt die Stadt die Strukturierung und Entwicklung neuer Netzwerke in engem Kontakt zu Trägern. Die vorhandene Vielfalt an Trägern und Angeboten soll erhalten bleiben. Die Partizipation der Bürger Erfurts nimmt als Ressource in diesem Prozess einen hohen Stellenwert ein.

⁶ vgl. Jährliche Forschung der Kindertagesstättenbedarfsplanung der Stadt Erfurt

⁷ vgl. Rahmenplan Sozialwesen der Stadt Erfurt 1997

Auf der Basis, den Stadtteil als Lebensraum zu begreifen, wird die Stadt ihr Hilfesystem sozialraumorientiert entwickeln, ohne spezielle Zielgruppen aus dem Blick zu verlieren. Dabei soll auch auf die in den Sozialräumen existierende Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner zurückgegriffen und diese aktiviert werden. Besondere Bedeutung wird dabei der fachdienstübergreifenden Anpassung der Sozialräume beigemessen. Wo dies als notwendig angesehen wird übernehmen Stadtteilmanagerinnen, Bürgerbeiräte oder andere demokratische Gremien oder Personen in selbstverwalteten Einwohnerzentren oder in Kindertagesstätten, deren Profil den sich verändernden Bedingungen anzupassen ist, Koordinations- und Integrationsaufgaben. Das Prinzip des Case-Managements stärkt die Eigenverantwortlichkeit von Hilfesuchenden und unterstützt das System der Hilfenetzwerke.

Die Finanzierung der Hilfeangebote in den Stadtteilen wird zur Erhöhung der problem- und bedarfsbezogenen Lösungsmöglichkeiten budgetiert. Damit entsteht eine höhere Transparenz sowohl bezüglich des Hilfesystems als auch der anderen finanziellen Aufwendungen der Kommune für einen bestimmten Bereich (Stadtteil, Planungsraum o.ä.) unter stärkerer Förderung der Bürger- und Trägerbeteiligung. Gleichzeitig wird der präventive Ansatz der Hilfen ausgebaut. Die Stadt achtet dabei auf eine Grundsicherung in den sozialen Angeboten. Der Gedanke der Evaluierung durch die Budgetierung wird in die Diskussion eingebracht.

Bei der weiteren Entwicklung der Infrastruktur ist die barrierefreie Stadtgestaltung⁸, vordergründig die barrierefreie Nutzung der öffentlichen und privaten Infrastruktur in den Mittelpunkt zu stellen. Die Barrierefreiheit sollte jedoch nicht nur auf die körperliche und/oder geistige Behinderung ausgerichtet sein. Der Abbau der Barrieren in den Köpfen muss wesentliches Grundanliegen des sozialen Miteinanders sein.

Erfurt als eine sichere Stadt weiter auszubauen, bedeutet insbesondere eine abgestimmte Kommunale Kriminalprävention⁹, welche den Ansatz im Wohn- und Schulumfeld findet.

Zur Erreichung des Leitzieles sind Maßnahmen für folgende Schwerpunkte zu entwickeln:

- Weiterentwicklung der Netzwerke vor dem Hintergrund vorhandener Entwicklungen und Problemlagen
- Sozialraumorientierung bei der Planung
- Stadtteilbudgetierung
- Partizipation der Stadtteilbewohner und Träger
- Beachtung von Prinzipien der sozialen Arbeit
- barrierefreie Stadtgestaltung.

⁸ Stadtratsbeschluss Nr.068/2002 Konzept "Barrierefreies Erfurt" vom 29.05.2002

⁹ Kriminalitätsatlas der Stadt Erfurt, Oktober 2001

1.	DIE WORKSHOPS	12
1.1	Demographische Entwicklung und Schlussfolgerungen für die Sozial- und Gesundheitssysteme der Stadt	15
1.1.1	Leitziele	15
1.1.2	Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze	15
1.2	Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungs-förderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt	24
1.2.1	Leitziele	25
1.2.2	Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze	25
1.3	„Migration und Integration im kommunalen Bereich“	37
1.3.1	Leitziele	37
1.3.2	Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze	38
1.4	Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor	45
1.4.1	Leitziele	45
1.4.2	Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze	46
1.5	Sozialstruktur und soziale Infrastruktur	58
1.5.1	Leitziele	59
1.5.2	Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze	60
2.	LITERATUR	69
3.	TEILNEHMERLISTE	72

1. Die Workshops

„Deshalb bleiben Leitbilder ganz bewusst allgemein und abstrakt, um als auszugestaltende Orientierung dienen zu können. Die Abstraktion macht sie zwar ungeeignet zur direkten Umsetzung im Konkreten, lässt aber gerade deshalb Handlungsspielräume für unvorhersehbare Ereignisse offen und macht Leitbilder anpassungsfähig an verschiedenen Rahmenbedingungen.“¹

Solche Leitbilder aber müssen in einem gemeinsamen, kommunikativen Prozess erarbeitet werden,² wenn sie von allen Beteiligten als solche auch akzeptiert werden sollen. An einem solchen Prozess waren in Erfurt Vertreter/innen der unterschiedlichsten Institutionen und Professionen beteiligt. Die Workshopserie war darauf angelegt, in unterschiedlichen thematischen Feldern Ansätze für die Entwicklung von Leitbildern sozialer Stadtentwicklung herauszuarbeiten.

Soziale Entwicklungen auf kommunaler Ebene zu befördern erscheint in Zeiten leerer Kassen vielen politischen Akteuren kaum noch möglich. Die dafür als notwendig beschriebenen Voraussetzungen, „das Wachstum der Bevölkerung, das Wachstum des Arbeitsmarktes, das Wachstum der Steuereinnahmen und der stetige Ausbau vorrangiger Sicherungen des 1. Sozialstaates“,³ sind weggebrochen oder ausgedünnt. Umso wichtiger erscheint es, dennoch nach Wegen und Leitbildern zu suchen, die dem etwas entgegenzusetzen haben. Denn: „Auch „sozialer Frieden“ ist ein Standortfaktor, für den eine Stadt aktiv werden muss.“⁴ Dem wird immer wieder entgegengehalten, dass auf kommunaler Ebene kaum Handlungsspielräume gegeben sind, da eine Vielzahl relevanter rechtlicher und finanzieller Grundlagen auf Bundes- oder Landesebene festgeschrieben werden. Monika Alisch formulierte dagegen: „Allenfalls sind es bestimmte Akteure, die ihre Handlungsspielräume unterschätzen, nicht kennen oder nicht nutzen. Keinesfalls ist eine handlungsunfähige Stadt(-gesellschaft) zu beobachten, die ihrer eigenen Interpretation der Globalisierung bedingungslos ausgeliefert ist.“⁵

Die Idee der hier vorgestellten Workshops und deren Ergebnisse basiert auf der Vorstellung, dass nachhaltige und soziale Entwicklungen, auch auf kommunaler Ebene, nur ressortübergreifend gedacht und umgesetzt werden können. Dazu be-

1 Monika Alisch, Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen 2002, S. 215

2 Monika Alisch, a.a.O., S. 216

3 Hejo Manderscheid, Selbstorganisationsprozesse im Stadtteil, kommunale Sozialpolitik und Verbände-wohl-fahrt, in: Heinz A. Ries, Susanne Elsen, Bernd Steinmetz, Hans Günther Homfeldt (Hrsg.), Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied, Kriftel, Berlin 1997, S. 253-266 (hier S. 253 f.)

4 Jens S. Dangschat, Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 141-159 (hier S. 154)

5 Monika Alisch, a.a.O., S. 205

gann Erfurt nach lokalen und kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen. Dieser Gedanke ist nicht ganz neu,⁶ seine Umsetzung in Erfurt schon. Monika Alisch stellte z.B. fest, dass 1996 eine Initiative der Sozialbehörde und der Stadtentwicklungsbehörde in Hamburg dazu führte, dass soziale und gesundheitliche Aspekte in Planungsprozessen stärkeres Gewicht bekamen.⁷ Dahinter verbarg sich ein lang anhaltender Vorbereitungsprozess der Vernetzung verschiedener ambitionierter Akteure unterschiedlicher Professionen. Mit den Workshops wurde nun in Erfurt der Versuch gestartet, über Grenzen von Zuständigkeiten hinweg zu diskutieren, welche Ziele und Visionen einer sozial verträglichen Entwicklung Erfurt im 21. Jahrhundert leiten sollen. Damit stellen die Workshops einen Ansatz dar, der sich an der Lebenswelt, also am Erfahrungsraum der Individuen, orientiert. Diese Lebenswelt ist eben nicht aufgeteilt in Ressorts und unterschiedliche Zuständigkeiten.⁸ Ebenso wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die vielfach geforderte Partizipation von Bewohner/innen an Prozessen der Veränderung in der Stadtentwicklung. Dass es dabei konträre Meinungen gibt, die unter anderem auch auf Erfahrungen hinsichtlich der Problemhaftigkeit solcher Beteiligungsprozesse verweisen ist nicht verwunderlich, denn auch nach 14 Jahren Bundesrepublik können Menschen in den neuen Bundesländern noch nicht auf den gleichen Fundus an Erfahrungen mit unterschiedlichen Beteiligungsformen⁹ zurück greifen wie Menschen in den alten Bundesländern. Dass dieser Prozess des Umdenkens nicht einfach ist, dass er auch mit dieser Workshopreihe nicht als abgeschlossen zu betrachten ist dürfte allen Beteiligten klar geworden sein, aber es ist ein nicht zu unterschätzender Anfang gemacht.

Die Workshops waren mit Professionellen aus den Bereichen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Praxis Sozialer Arbeit und der Wissenschaft besetzt. Das Auswahlkriterium stellte lediglich der Bezug zur Stadt dar. Dass dabei nicht immer eine genaue Eingrenzung leistbar war ergibt sich aus der Tatsache, dass einige Institutionen, deren Vertreter/innen eingeladen wurden, ihren Wirkungskreis über die Stadtgrenzen hinaus haben.

In den folgenden Abschnitten werden die Leitziele und Debatten zu fünf Themenfeldern dargestellt. Dabei werden die genannten Leitziele, die die Ergebnisse der Dis-

6 Vgl. Heike Herrmann, Bürgerforen. Ein lokalpolitisches Experiment der Sozialen Stadt, Opladen 2002, S. 11

7 Monika Alisch, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 7-8 (hier S. 7)

8 Vgl. Heike Herrmann, Barbara Lang, Perspektiven des Sozialen in der Stadt, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig., Opladen 2001, S. 29-45 (hier S. 30)

kussionen bilden, jeweils an den Anfang gestellt. Diese Leitziele beschreiben – im Anschluss an Monika Alisch – aber keine konkreten Maßnahmen oder Projekte. Sie sollen vielmehr die Orientierung liefern für die künftige Entwicklung.¹⁰ Anschließend kann nachvollzogen werden, wie diese Leitziele, die sich die Stadt Erfurt in ihr Stadtentwicklungskonzept schreiben sollte, in den Workshops von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in intensiven Diskussionen erarbeitet wurden. Es werden im Text immer wieder Querverweise gegeben, wenn an einzelnen Punkten der Diskussionen thematische Überschneidungen aufgetreten sind. Dass es zu derartigen Überschneidungen kommen würde war den Vorbereitenden klar. Dennoch erschien eine – als analytisch zu betrachtende – thematische Unterteilung der Workshops geboten, da andererseits eine personelle Zusammensetzung oder Größe der Workshops notwendig geworden wäre, die fruchtbringende Diskussionen nicht mehr zugelassen hätte. Darauf musste in den einzelnen Veranstaltungen auch wiederholt hingewiesen werden, da Teilnehmer/innen nach der Beteiligung von Vertreter/innen der jeweils anderen Ressorts fragten.

Die einzelnen thematischen Workshops hatten strukturell einen vergleichbaren Aufbau. Nach zwei Input-Referaten mit grundsätzlichen Informationen zum zu bearbeitenden Problemkreis folgten, so sie von Teilnehmer/innen vorbereitet waren, Statements zum Thema. Dem schloss sich eine erste längere Diskussionsrunde an, in der den Beteiligten ausreichend Zeit und Raum gegeben wurde, ihre Fragen, Problemsichten, Befürchtungen und Wünsche zu formulieren. Die Ergebnisse dieser Debatte wurden in einer Veranstaltung, die vier Wochen später stattgefunden hatte, den Beteiligten vorgestellt und dienten der Vertiefung der Diskussion. Zusätzlich waren – entsprechend der Zielsetzung der Workshop-Reihe – aus den Ergebnissen Entwürfe für Leitziele formuliert worden, die ebenfalls zur Diskussion gestellt wurden. Die in dieser Publikation vorgestellten Leitziele sind also Ergebnisse der geführten Debatten und auf einer breiten Meinungsbasis entstanden.

Kritisch anzumerken ist hier allerdings, dass nicht alle, die zu diesen Workshops eingeladen wurden, die Chance der Teilnahme wahrnahmen oder wahrnehmen konnten. Dementsprechend variierte die Teilnahme in den einzelnen Veranstaltungen teilweise erheblich. Dennoch ist davon auszugehen, dass mit dieser Herange-

9 Zu den verschiedenen Formen von Beteiligung seit Anfang der 70-er Jahre vgl. Heike Herrmann, Bürgerforen. Opladen 2002, S. 96 ff.

10 Vgl. Monika Alisch, Zwischen Leitbild und Handeln. Alte Forderungen nach einer neuen politischen Kultur, in: dies. (Hrsg.), a.a.O., S. 9-26 (hier S. 12)

hensweise an die Formulierung von Leitziele einer sozialen Stadtentwicklung in Erfurt ein wichtiger Schritt gegangen wurde.

1.1 Demographische Entwicklung und Schlussfolgerungen für die Sozial- und Gesundheitssysteme der Stadt

Die nachfolgend aufgeführten Leitziele sind Ergebnisse einer intensiven Diskussion in zwei Veranstaltungen unter dem Thema „Demographische Entwicklung und Schlussfolgerungen für die Sozial- und Gesundheitssysteme der Stadt“. Dabei wurden vielfältige Themen angeschnitten, es deuteten sich aber auch sehr schnell Überschneidungen mit anderen Workshops, etwa mit den Themen „Soziale Struktur, Infrastruktur und Hilfesystementwicklung für eine sozial gerechte Stadtentwicklung in Erfurt“ oder „Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“ an.

1.1.1 Leitziele

- Die Stadt Erfurt wird sich in der weiteren Entwicklung der Gesundheits- und anderen Hilfeangebotsstruktur an den demographischen Entwicklungen orientieren und diese berücksichtigen. Dazu werden die Träger sozialer Arbeit, Gesundheitseinrichtungen in die Planungsprozesse einbezogen. Als wichtige Schwerpunkte dabei werden Gesundheitsprävention, die Betreuung Älterer und Hochbetagter entsprechend deren Bedürfnissen und die Anpassung der Hilfen und Angebote für chronisch Kranke gesehen. Eine effektivere Struktur der Kommunikation und funktionierende Netzwerke, in die sowohl die Träger Sozialer Arbeit als auch die Kommune eingebunden sind tragen auch in den Zeiten knapperer Kassen zu einer Verbesserung der Angebote im Bereich der Sozialen Arbeit bei.
- Die Stadt strebt eine engere Zusammenarbeit mit den in ihr agierenden Trägern Sozialer Arbeit und Anbietern (sozialer) Dienstleistungen für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen an. Dadurch sollen die auftretenden neuen oder sich durch die Entwicklung verstärkenden alten Probleme in eine bessere Bearbeitungsebene gehoben werden. Die Stadt verpflichtet sich, möglichen Segregationstendenzen entgegenzuwirken und einer sozialen Entmischung der Bevölkerung mit der Gefahr der Vergreisung oder Verarmung ganzer Stadtgebiete entgegenzuwirken. Sie wird sich dabei in ihrer Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf eine enge Zusammenarbeit mit allen ortsansässigen Akteuren stützen.

1.1.2 Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze

Nach zwei Einführungsreferaten zu den Problemen der demographischen Entwicklung für Deutschland allgemein und Erfurt im Besonderen stellten die Anwesenden ihre eigenen Vorstellungen, Wünsche und Befürchtungen zur Diskussion. Daraus ließen sich einerseits Problemfelder lokalisieren, andererseits aber auch Lösungsansätze. Diese Diskussion soll im Folgenden in zentrale Punkte zusammengefasst

werden. Dazu wird in einem ersten Schritt eine Zusammenführung der Argumente, Anregungen und Ideen unter fokussierten Problembegriffen vorgenommen.

1.1.2.1 Problembegriffe

Insgesamt konnten aus den Diskussionsbeiträgen fünf Problemfelder bzw. Probleme im Bereich der „Demographische(n) Entwicklung und die sich daraus ergebenden Folgen für die soziale Entwicklung der Stadt Erfurt“ herausgearbeitet werden:

1. Kommunikation der Träger im Angebotsbereich haben Entwicklungs- und Ausbaubedarf
2. Segregation der Lebensalter und chronische Erkrankungen älterer/hochbetagter Menschen
3. Nachwuchsmangel im Bereich sozialer Dienste
4. Ungenügend ausgeprägte Gesundheitsprävention sowohl auf der infrastrukturellen als auch auf der Versorgungsebene
5. Neue Altersarmut

Alle genannten Problemfelder greifen mehr oder weniger stark ineinander, weshalb eine segmentierte Betrachtung nur schwer möglich erscheint. Die Aufsplittung in die verschiedenen Themenbereiche hat daher nur eine analytische Relevanz, da nicht über alle Bereiche komplex diskutiert werden kann. Eine Zusammenführung der Ergebnisse muss daher am Ende dieses Diskussionsprozesses stehen. Die gewählte Reihenfolge stellt keine inhaltliche Bewertung durch die Autoren dar, sie folgt vielmehr einer Logik, die sich aus den Querverbindungen zu den Themen der anderen Workshops ergibt.

1.1.2.1.1 Kommunikation der Träger

In dieser Logik stellt Kommunikation – oder besser mangelnde Kommunikation – ein wesentliches Problemfeld dar. Die Bildung und Entwicklung von Netzwerken stand zeitweise im Zentrum der Diskussion. Mit dem Ausbaubedarf der Kommunikation unter den Trägern sozialer Arbeit, gesundheitsrelevanter, kultureller bzw. der Angebote im Bereich Wohnen und Bildung wurde in der Diskussion die Notwendigkeit einer weitergehenden Netzwerkentwicklung unterstrichen. Als Problem stellte sich dabei auf Seiten der Träger/Anbieter mangelndes Wissen um die unterschiedlichen Angebote/Dienstleistungen und die damit verbundene Überschneidung/Doppelung einerseits und eventuell fehlende Angebote andererseits dar. Demnach fehlt es an Kooperationsbeziehungen. Aus Sicht der Betroffenen wurde in diesem Zusammenhang argumentiert, dass das Wissen um die Angebote in sehr zersplitterter Form



vermittelt wird und daher nicht alle Informationen auch alle potenziellen Interessent(inn)en oder Adressat(inn)en erreichen.

1.1.2.1.2 Segregation der Lebensalter

Ein weiterer Schwerpunkt wurde in einer sich ankündigenden „Segregation der Lebensalter“ als Problem für eine sozial ausgeglichene kommunale Entwicklung gesehen. Heike Hermann und Barbara Lang wiesen in einem 2001 erschienen Beitrag darauf hin, dass sich in den Strategien zur „sozialen Stadt“ auch diese Aspekte wieder finden müssen.¹¹

Mit der Segregation verbunden ist neben der Gefahr der „Verarmung“ ganzer Stadtgebiete auch das Problem der Vereinzelung von älteren Menschen im Falle eintretender Pflegebedürftigkeit. Die immer häufiger diskutierten neuen oder besonderen Wohnformen für Ältere bieten einerseits die Möglichkeit einer altersgerechten Unterbringung, andererseits bergen sie aber auch die Gefahr einer Abgeschlossenheit von sozialen Netzwerken – z.B. auf Grund größerer Entfernungen – in sich. Diese Abgeschlossenheit, verbunden mit eingeschränkten Möglichkeiten der Partizipation und der Kommunikation wiederum steht der Gesundheit entgegen. Durch Diskussionsbeiträge von Vertreter/innen der Großvermieter wurde deutlich, dass in deren Wohnungen bereits 20 % der Haushaltvorstände älter als 55 Jahre sind. Dies führte dazu, dass Konzeptionen für altersgerechtes Wohnen in Abgrenzung zum Behinderten- aber auch zum Heimgesetz entwickelt wurden. Andererseits wurde problematisiert, dass Erwachsene – egal ob noch oder wieder – ohne Kinder Wohnungen wünschen, die weit abseits vom Lärm der Spiel- und Bolzplätze oder Sitzgelegenheiten an öffentlichen Plätzen und Grünflächen liegen.

1.1.2.1.3 Nachwuchsmangel im Bereich der Sozialen Arbeit

Der Nachwuchsmangel im Bereich der Sozialen Arbeit, der sich besonders mit der Gruppe der älteren Menschen befasst, war in beiden Veranstaltungen Thema. Zum Problemfeld gehören Altenpflegeberufe ebenso wie Krankenpflegeberufe. Sehr kontrovers wurde diskutiert, ob es in diesem Bereich einen wirklichen Nachwuchsmangel gibt. Von Vertreter/innen der Position des existierenden Nachwuchsmangels wurden verschiedene Gründe benannt. Demnach resultiert der Mangel einerseits – und das ist ein ostspezifisches Problem – auf Grund des Einkommensgefälles zwi-

11 Heike Hermann, Barbara Lang, Perspektiven des Sozialen in der Stadt, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig., Opladen 2001, S. 29-45 (hier S. 37)

schen Thüringen und den westlichen Bundesländern, aber andererseits auch auf Grund mangelnder Ausbildungskapazitäten. Und da spielt die gesetzliche Regelung in Thüringen – mindestens in der Altenpflegeausbildung – eine erhebliche Rolle. Entsprechend dieser rechtlichen Grundlage haben die Ausbildungsbetriebe die Kosten der Ausbildung zu zahlen, was entweder die Pflegesätze in die Höhe schnellen lassen würde oder aber an die Substanz der Betriebe – kleine und mittlere Pflegedienste und Heime – gehen würde. Entsprechend gehen natürlich die Ausbildungsplatzzahlen zurück.¹² Hier wäre denn auch eine politische Intervention der Kommune gegenüber dem Land gefragt.

1.1.2.1.4 Mangelnde Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung

Als ein weiterer Problemaufriss kann in der im Workshop geführten Diskussion die Gesundheitsprävention oder vielmehr deren mangelnder Ausbau angesehen werden. Sie wurde vor allem im Hinblick auf eine Prävention im Bereich chronischer Erkrankungen angesprochen, einem Bereich, der sich auch und gerade in der Pflege – und den damit verbundenen Kosten, die perspektivisch oder auch schon heute nicht mehr von der Pflegekasse gedeckt werden (können) – bewegt. Andererseits wurde bemerkt, dass Prävention gerade eben im Bereich chronischer Erkrankungen einiges bewirken kann. Gleichzeitig aber sind chronische Erkrankungen solche, die vor allem ältere und hochbetagte Menschen betreffen werden. Und deren Anteil an der Gesellschaft, auch in dieser Kommune, wird perspektivisch zunehmen. Damit verbunden ist sehr stark das Problem der an Demenzerkrankungen. Deren Pflegeaufwand – er geht über den Rahmen der medizinischen Versorgung hinaus, ist dieser in vielen Fällen sogar vorgelagert – findet bisher kaum Berücksichtigung. Entsprechend sind die Strukturen eines Hilfesystems in diesem Bereich auch nicht Ansatzweise gegeben. Dem gegenüber stehen effizient ausgebaute Systeme der Akutversorgung und der medizinischen Pflege.

Der weitergehende Bereich der Gesundheitsförderung, verstanden als über den Präventionsansatz hinausgehend und nicht nur medizinische Aspekte berührende Politikbereich¹³ wurde kaum diskutiert. Gesundheitsförderung bedeutet die Verknüpfung von „Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität“, bewegt sich also, wie eben ausgeführt, jenseits der Handlungslinien der kurativ ausgerichteten Ge-

12 Dass diese gesetzliche Regelung somit in die Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und auch in die Bevölkerungspolitik des Freistaates hineinreicht sei hier nur am Rande erwähnt.

13 Vgl. Alf Trojan, Brigitte Stumm, Waldemar Süß, Gesundheitsförderung als Gesamtpolitik: Leitbild und Programmatik nachhaltiger Gesundheit und Entwicklung, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig., Opladen 2001, S. 47-70 (hier S. 47)

sundheitspolitik, die lediglich im Kontext medizinischer Versorgung diskutiert und bearbeitet wird.¹⁴ Gesundheitsförderung beinhaltet unter anderem auch „die subjektive Seite von Gesundheit“,¹⁵ und müsste von daher stärker auf Partizipation und Beteiligung ausgerichtet sein. Trojan u.a. stellen fest: „Mit dem Leitbild der Gesundheitsförderung als Gesamtpolitik geht es um eine Blickfelderweiterung über die präventive Vermeidung von Krankheiten hinaus.“¹⁶

1.1.2.1.5 Drohende Altersarmut

Als ein fünfter Schwerpunkt in der Diskussion ist die verstärkt drohende Altersarmut zu sehen. Sie wurde im Workshop zwar als weibliche Altersarmut bezeichnet, diese Sicht könnte aber besonders für die neuen Bundesländer, und damit auch für Erfurt, viel zu kurz greifen. Die drohende Altersarmut kann auch nicht allein auf die anstehenden Nullrunden in der Rentenentwicklung zurückgeführt werden.

Für die östlichen Bundesländer hat sie auch bereits 14 Jahre zurückliegende „hausgemachte“ Ursachen, die in den Transformationsprozessen Anfang bis in die Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts zu verorten sind. Die damals raumgreifende Praxis von „Kurzarbeit 0“, Frühverrentung und Altersübergangsgeld-Regelungen in Ausmaßen, wie sie die Bundesrepublikanische Politik selbst in der Strukturanpassung des Ruhrgebietes nicht zu denken wagte, schlugen mit ihrer Wirkung auf Gegenwart und Zukunft zurück. Die damals mit 50 oder 55 Jahren aus dem Erwerbsprozess Gedrängten gelangen nun ins Rentenalter und müssen mit erheblichen Einbußen leben, die bei gleichzeitiger Preisentwicklung und negativen Realrentenentwicklung als Armutsspirale sichtbar werden.

1.1.2.2 Bearbeitungs- oder Lösungsansätze

Auch die hier vorgestellten Lösungsansätze finden sich im Material der Diskussion wieder. Sie sind den einzelnen Problemfeldern bereits zugeordnet, können aber auch erweitert bzw. neu zugeordnet werden. Als Bearbeitungs- und Lösungsansätze wurden verschiedene Punkte benannt, die sich in fünf Bereiche gliedern lassen. Diese fünf Bereiche sind wiederum auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt, die bereits in der Analyse der Problembegriffe angerissen wurden. Diese Ebenen sind

14 Monika Alisch, Zwischen Leitbild und Handeln. Alte Forderungen nach einer neuen politischen Kultur, in: dies. (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig., Opladen 2001, S. 9-26 (hier S. 12)

15 Alf Trojan, Brigitte Stumm, Waldemar Süß, Gesundheitsförderung als Gesamtpolitik, a.a.O., S. 48

16 Alf Trojan, Brigitte Stumm, Waldemar Süß, a.a.O., S. 68

zum einen die der Träger/Anbieter und zum anderen die der Adressat(inn)en/ Interessent(inn)en.

1.1.2.2.1 Entwicklungs- und Ausbaubedarf der Kommunikation von Trägern

Die Vernetzung und stärkere Kommunikation hinsichtlich der Angebote und Nachfragen wurde mehrfach als Lösungsansatz für eine soziale ausgeglichene(re) Stadtentwicklung thematisiert. Dabei kamen fünf als zentral anzusehende Ansätze immer wieder vor:

1. Analyse des Ist-Standes
2. Kommunikationsstrukturen zwischen verschiedenen Trägern und Fachgebieten ausbauen
3. Bestehende Strukturen einbinden und ausbauen
4. Zusammenarbeit, Partizipation, Austausch und Vernetzung zwischen Vermietern, Trägern Sozialer Arbeit und Bürgern verbessern
5. Bürgerhäuser als Formen fachgebietsübergreifender Angebote und Nutzungsmöglichkeiten

Die ersten drei Anregungen/Argumente gehören zur strukturellen Ebene, wobei Pkt. 2. und 3. eventuell auch zusammengefasst werden können. Der Punkt „Analyse des Ist-Standes“ ist auf eine eingehende Berichterstattung fokussiert. Dabei kann es aber nicht um eine einmalige Analyse gehen. Wird auf einer solchen Kurzzeitreflexion von Entwicklung Planung betrieben, so ist von einer raschen Entfernung der Planungen von der sozialen Realität, von der Lebenswelt, auszugehen. Darüber hinaus ist Verknüpfung der gesammelten Daten in einen Entwicklungsplan, der die unterschiedlichen Felder – Gesundheit, Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe,¹⁷ Seniorenarbeit etc. – zusammenführt, möglich. Bisherige ressortbezogene Planungsansätze, etwa die im SGB VIII verankerte Planungspflicht für die örtlichen Träger der Jugendhilfe, reichen nicht aus. An eine solche neue Planung könnte sich der Ausbau bestehender Netzwerke und Kommunikationsstrukturen anschließen. Das derartige Strukturen bereits existieren, daran haben die einzelnen Diskussionsteilnehmer/innen keinen Zweifel gelassen, hingegen wurde angemerkt, dass in diesem Bereich noch mehr Ressourcen auf kommunaler Ebene vorhanden sein dürften, die sozusagen „freigelegt“ werden müssten um sie auch für alle nutzbar machen zu können. Kommuniziert werden müssen dabei vor allem die Syner-

17 Hier gibt es Überschneidungen mit den Workshops zum Thema „Soziale Infrastruktur und Hilfesystementwicklung für eine sozial gerechte Stadtentwicklung in Erfurt“ und „Kinder-/Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“

gieeffekte und win-win-Situationen, die sich aus derartigen Netzwerken für die Beteiligten ergeben können.

Der Punkt vier befasst sich mit einer intermediären Ebene, in der quartiersorientiert zu denken wäre. Als Vorbild könnten dabei die gesammelten Erkenntnisse aus den Programmen URBAN und Soziale Stadt bzw. dem AGENDA21-Prozess in Erfurt sein. Außerdem können Erfahrungen aus anderen Programmen hinsichtlich quartiersorientierter Planungsräume und damit verbundener Budgets, wie sie im Workshop „Soziale Infrastruktur und Hilfesystementwicklung für eine sozial gerechte Stadtentwicklung in Erfurt“ besprochen wurden, herangezogen werden. Dabei wären Handlungsansätze zu entwickeln, die in ihren Aktionsradien noch weiter greifen als die bisherigen Programmfelder. Gemeint ist damit, Netzwerke und Runde Tische nicht nur in von programmfinanzierter Förderung erfassten Quartieren der Stadt umzusetzen, sondern solche Systeme der Kommunikation prinzipiell zu organisieren. Damit einhergehen muss die Installation einer Struktur der Koordination dieser Netzwerke. Dies aber heißt nicht personelle Ressourcen gleichermaßen in jedem Quartier zu etablieren, sondern – im Sinne „wandernder Einrichtungen“ – Personal auf kommunaler Ebene vorzuhalten, dessen Arbeitsfelder sich temporär regional verlagern. Dass derartige Netzwerke auch nicht für alle Quartiere in der Stadt gleichermaßen notwendig sind wurde in der Diskussion – auch in anderen Workshops – mehrfach angesprochen.

Es wurde auch das Thema „Bürgerhäuser“ angesprochen, besser vielleicht begrifflich zu fassen als soziale Quartierszentren, die über den bekannten Bürgerhauscharakter – also Raum für private und Vereinsaktivitäten zu bieten – hinausreichend soziale Angebote und Dienstleistungen im Quartier zusammenfassen. Gemeint waren damit neben Gemeinschaftspraxen/Ärztehaus zielgruppenübergreifende Angebote in der Sozialen Arbeit, die mit dem System des Case-Management arbeiten, als auch Begegnungs- und Kommunikationsräume für intergenerative Begegnungen im Quartier.

1.1.2.2.2 Nachwuchsmangel im Bereich sozialer Dienste

Als ein Problem in der Sozialen Arbeit wurde ein zu prognostizierender Arbeitskräftemangel bei den Sozialen Diensten gerade im pflegenden und betreuenden Bereich benannt (s.o.). Die dazu entwickelten Ideen zur Bearbeitung dieser Probleme waren differenziert, gleichwohl der kommunale Bezug in diesen Lösungsvorschlä-

gen nicht immer der ausschließliche ist. Gemeint sind damit die auch über kommunale Ebene hinausgehenden möglichen Ansätze wie:

- die Vermittlung von Perspektiven, um Abwanderungstendenzen zu reduzieren,
- die Gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufsfelder neu zu formulieren und
- Ausbildungsplätze anzubieten.

Diese Differenzierung kann auf alle drei Punkte bezogen werden. Sehr wohl kann auf kommunaler Ebene an einer Vermittlung von Perspektiven gearbeitet werden, um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken. Die damit verbundene Vergütungs- und eben auch Preispolitik zwischen Pflegekassen und Pflegeeinrichtungen ist aber wiederum nur schwer auf kommunaler Ebene zu bearbeiten.

Eine andere gesellschaftliche Anerkennung ließe sich z.B. über eine engere Zusammenarbeit von z.B. Kassen, Diensten und Schulen in der Vermittlung von Inhalten und Aufgaben dieser Arbeit und ihre Einordnung in eine zukünftige Gesellschaft mit einer immer stärker wachsenden Zahl von älteren und damit zum erheblichen Teil auch betreuungsbedürftigeren Menschen erreichen. Es geht also um eine stärkere Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, die ebenfalls im Workshop „Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt“ diskutiert wurde.

Die Frage nach Ausbildungsplätzen in diesem Bereich, vor allem in der Altenpflegeausbildung, berührt nun wiederum die oben bereits genannte landesrechtliche Fragen – das Altenpflegeausbildungsgesetz mit seinen Kosten für die Ausbildungsträger – ein negativer Anreiz. Hier wären sozusagen die politischen Initiativen der Kommune in enger Zusammenarbeit mit den Trägern und Ausbildungsträgern zur Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene gefragt.

1.1.2.2.3 Segregation der Lebensalter und chronische Erkrankungen älterer/hochbetagter Menschen

Unter diesem Problembegriff sind zwei Aspekte zusammengefasst, deren Zusammenhang sich nicht unbedingt sofort erschließt. Dennoch gehören sie zusammen. Die Zunahme der Zahl älterer und alter Menschen in der Gesellschaft hat zur Folge, dass zum einen der Bedarf nach Abgrenzung einer wachsenden Zahl von Menschen besteht – angesprochen zum Beispiel im Zusammenhang von Spielplätzen und Wohnungswahl – und andererseits dem Bedürfnis dieser Menschen, von den Jüngeren betreut und/oder gepflegt und auch noch verstanden und akzeptiert zu werden.

In Bezug auf den Aspekt der medizinischen Versorgung wurden in den Workshops Aussagen hinsichtlich neuer Möglichkeiten im Rahmen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes getroffen. Als mögliche Lösungsstrategien wurden Veränderungen in Strukturen von Gesundheitsangeboten genannt. Der Blickwinkel ist dabei verstärkt auf chronische Krankheiten – bspw. eine steigende Zahl Demenzkranker – und das Vorhalten dafür geeigneter präventiver Maßnahmen zu legen. Weiter sollten ambulante und stationäre Angebote besser miteinander gekoppelt werden, sowie dezentrale, stadtteilorientierte Angebotsstrukturen in Verbundsystemen – Gesundheitszentren in Verbindung mit Case-Management-Institutionen – aufgebaut werden.

Varianten neuer Wohnformen für ältere/hochbetagte Menschen sind bereits Entwicklungen bei den größeren Wohnungsbauunternehmen zu verzeichnen. So wurden Umbauprogramme durchgeführt, die auch durch im Problembereich erfahrene Planer begleitet wurden. Entwickelt wurden generationenübergreifende, kommunikationsfördernde Wohnformen oder die Einrichtung von öffentlichen Treffpunkten und Kommunikationsräumen. Gleichwohl muss hier bemerkt werden, dass – wie Eingangs bereits angedeutet – zu diesem Punkt konkurrierende Aussagen gemacht wurden. Während einerseits in Richtung dezentraler Wohnformen, also an den Quartieren orientierten Standorten für derartige Zentren argumentiert wurde, kamen auch Sichtweisen, die eine zentralere Lage für einen Standort mit für alle Bewohner/innen gleichermaßen gegebenen Erreichbarkeit im Stadtzentrum präferierte. Für die Variante eher gemischter Wohnbereiche/gebiete zu präferieren spricht eindeutig die angesprochene Verknüpfung von Wissensangeboten und Wissensbedarfen. Gemeint war damit die Möglichkeit, die Erfahrungen der Alten an die Jungen weitergeben zu können. Diese Wissensvermittlung ist sicher auch in die andere Richtung zu denken.

Darüber hinaus wurde die Nutzung der Ressourcen von Freiwilligenagenturen zur Verknüpfung von Angeboten und Nachfragen semiprofessioneller sozialer Dienstleistungen als Lösungsmöglichkeit angesprochen. Diese Lösungsstrategien finden sich z.T. auch bereits im Punkt „Entwicklungs- und Ausbaubedarf der Kommunikation von Trägern“. Es kann auch nicht verwundern, dass es Überschneidungen gibt, wird doch damit der innere Zusammenhang dieser Aspekte für die soziale Stadtentwicklung deutlich.

1.1.2.2.4 Neue Altersarmut

Unter diesem Stichwort wurde der Zusammenhang mit Angeboten bezahlbaren Wohnraumes in gemischten Wohn-Strukturen, also für Menschen, die in unterschiedlichen Einkommensbereichen leben, diskutiert. Diese soziale Mischung beugt einer Marginalisierung armer Menschen und hier insbesondere Älterer vor. Altersarmut bedeutet nicht nur mangelnde finanzielle Ressourcen, sondern damit verbunden auch den Verzicht auf kulturelle Angebote und Teilhabe. Bereits jetzt ziehen sich Senior(inn)en aus Vereinen zurück, weil sie die Beiträge nicht mehr finanzieren können. Damit Verbunden aber sind Rückzug und Vereinsamung. Diesbezüglich wurde – wie auch in anderen Workshops – über den Aufbau von Netzwerken alternativer Mikroökonomien und die Nutzung der Ressourcen von Freiwilligenagenturen als „Tauschnetz-Basis“ gesprochen. Dass dieses Problem im Workshop so knapp debattiert wurde liegt nicht an seiner mangelnden Relevanz für das Thema sondern wohl eher an der insgesamt zu diskutierenden Problembreite. Im Workshop „Demographische Entwicklung(en) und die sich daraus ergebenden Folgen für die soziale Entwicklung der Stadt Erfurt“ wurden zudem genauere Untersuchungen zur sozialen Situation in Erfurt angeregt.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt

Eine Herausarbeitung von Leitziele kommunaler Beschäftigungsförderung stellte sich schwieriger dar als die für die anderen thematischen Workshops. Problematisch waren zudem die in den beiden Veranstaltungen differierenden Aussagen zu bestimmten Themen der Diskussion. Eine wichtige, dabei aber völlig aus dem Rahmen der Diskussion fallende Frage war die nach dem Wissen zu möglichen Folgen von wirtschaftsfördernden Maßnahmen auf die soziale Entwicklung. Diese Frage konnte nicht beantwortet werden. Dass es in dieser Hinsicht kaum Wissen um derartige Zusammenhänge bei Planern und kommunalen Akteuren gibt haben auch Heike Hermann und Barbara Lang formuliert.¹⁸ Überhaupt werden vielerorts in der Literatur Defizite in der Verknüpfung von Stadtentwicklung, sozialer Entwicklung und Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, auch vor dem Hintergrund der Betrachtung lokaler Ökonomien, konstatiert.¹⁹

18 Heike Hermann, Barbara Lang, Perspektiven des Sozialen in der Stadt, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig, Opladen 2001, S. 29-45 (hier S. 39)

19 Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137

Nur schwer lassen sich dagegen Anknüpfungen zu einem Diskussionsbeitrag herstellen, in dem es um das Bild der Unternehmen der Wohlfahrtspflege in der Gesellschaft ging. Es wurde darauf verwiesen, dass die Wohlfahrt quasi nicht als Unternehmen wahrgenommen würde, gleichwohl sie Unternehmertum und soziales Engagement verknüpfen würde.

1.2.1 Leitziele

- Oberstes Ziel ist für die Stadt Erfurt die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die bisherigen arbeits-, beschäftigungs- und wirtschaftsfördernden Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen geprüft, um zielgerichteter Arbeits- und Beschäftigungsfördernd unterstützen zu können. Durch eine tragfähige Struktur/ ein tragfähiges Netzwerk in der Zusammenarbeit mit allen internen und externen Beteiligten (Unternehmen, Wissenschaft, Kommune und Kammern) wird die Beschäftigungsförderung in der Stadt ausgebaut.
- Die Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen als wichtiges Standortpotenzial sind dauerhaft mit der Beschäftigungsförderung zu verknüpfen. Die kommunale Arbeits- und Beschäftigungsförderung ist zukünftig enger mit Ausbildungsstrategien, sowohl hinsichtlich fachlicher Wissensbedarfe als auch der nötigen Rahmenbedingungen (was erwarten mich für Strukturen im Arbeitsprozess) zu verknüpfen und zu entwickeln.
- Schnelle und unkomplizierte Abwicklung von Genehmigungsverfahren für Unternehmen gehören zu den hoch zu bewertenden Standortfaktoren. Die Kommune wird in enger Zusammenarbeit mit den Gremien aus Handwerk und Industrie für eine bessere Kommunikation und Vermarktung der erreichten Standards in diesem Bereich Sorge tragen.
- Maßnahmen der Wirtschaftspolitik – ungeachtet ob auf Bundes- oder Länderebene – werden bezüglich ihrer Auswirkungen auf die sozialen Entwicklungen in der Stadt zeitnah geprüft. Nur darüber können die unter Umständen notwendigen kompensatorischen Maßnahmen der Stadt rechtzeitig erarbeitet und somit Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden.

1.2.2 Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze

Die Diskussion in diesem Workshop über die beiden Veranstaltungen hinweg zu vergleichen ist nicht ohne weiteres möglich. Dazu waren die Beiträge zum Teil zu widersprüchlich. Ein weiteres Problem stellte die wechselnde Zusammensetzung

der beiden Veranstaltungen dar. Außerdem wird in der Auswertung dieses WS deutlich, dass **viele Begriffsbestimmungen bezüglich Beschäftigungsförderung nicht geklärt sind**. Der Begriff Beschäftigungsförderung ist in verschiedenster Hinsicht benutzt worden: So im Bezug auf das BSHG-Instrument „Hilfe zur Arbeit“, aber auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung, im Vorhalten von Immobilien, im Verfahrensweg der Ansiedlung von Unternehmen, in der Gründung von Unternehmen oder deren Übernahme nach altersbedingter Aufgabe etc. Hier sollte versucht werden, erst einmal Stichworte zu finden, hinter denen sich Beschäftigungsförderung verbirgt, um diese zu erklären. Dann können auch Unterstützungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Kommune herausgearbeitet werden.

Im Workshop „Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt“ wurden von den Beteiligten unterschiedliche Probleme in der kommunalen Beschäftigungsförderung benannt, aber auch Lösungsansätze aufgezeigt, die so unterschiedlich ausfielen wie die Einrichtungen sind, aus denen die Beteiligten kamen. Um eine differenzierte Betrachtung der diskutierten Probleme und vorgeschlagenen Lösungsstrategien zu ermöglichen, werden diese im Folgenden analysiert. Um die Diskussion besser strukturieren und die Ergebnisse klarer darstellen zu können wurden die jeweils zueinander passenden Problemanzeigen in einem Stichwort bzw. in einer Überschrift zusammengefasst.

1.2.2.1 Problemaufrisse

Die aus dem Material der Workshops herausgearbeiteten Probleme lassen sich in fünf Stichworten zusammenfassen. Dabei werden bereits Parallelen zu thematisch anderen Workshops deutlich. Diese Probleme können benannt werden als:

- Vernetzung und Kommunikation, Moderation von Netzwerken,
- Fachkräftebedarf, Berufsorientierung und Qualifizierung, ,
- Gründerklima,
- Beschäftigungsförderung und Bedarfe; Beschäftigungsfördernde Infrastruktur sowie eine
- Konzentrierte und abgestimmte Arbeitsmarktförderung.

Zum Teil ergaben sich in den Diskussionen der zweiten Veranstaltung des Workshops in der Argumentation Abweichungen von diesen Problemsichten. Sie werden nun im Einzelnen nochmals genauer dargestellt.

1.2.2.1.1 Vernetzung und Kommunikation – Moderation von Netzwerken

Als ein wichtiges Problem stellte sich eine nicht optimal ausgebaute Vernetzung und die damit einhergehende eingeschränkte Kommunikation heraus. Es wurde dabei deutlich, dass sowohl für die Begriffe Vernetzung bzw. Netzwerke als auch Kommunikation mit jeweils variierenden Begriffsverständnissen gearbeitet wurde. Demnach scheint es notwendig, in einer gemeinsamen Debatte ein jeweils gemeinsames Begriffsverständnis zu erarbeiten. Beispielgebend könnte dafür eine weiterführende Diskussion der Themen des Workshops „Soziale Struktur, Infrastruktur und Hilfesystementwicklung“ darstellen.

Die bestehende Vernetzung scheint sich einerseits nur branchenorientiert zu vollziehen, andererseits verhindert nach Aussagen von Beteiligten die wirtschaftliche Situation der Betriebe das Aufeinanderzugehen. Gleichzeitig wurde die Frage aufgeworfen, wer denn solche – branchenübergreifende – Netzwerke initiieren und darüber hinaus koordinieren sollte. Die Frage der Koordinierung ist dabei allem Anschein nach ins Zentrum zu stellen, da die Möglichkeit der Koordination das Vorhandensein von Ressourcen und Potenzialen erfordert. Andererseits gibt es sowohl an der Universität als auch an der Fachhochschule Angebote, die scheinbar in den vorhandenen Netzwerken nicht in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden.

Die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Unternehmen einerseits und der Kommune andererseits war ein Problemkreis, der sich aus dem Material des Workshops herausarbeiten ließ. Die Frage, die sich daraus ergeben könnte wäre die nach der Rolle der Kommune als Moderator in diesem Bereich. Wie könnte die Kommune mit ihren Möglichkeiten vermitteln, etwa bei der Problematik, dass Firmen einerseits den größten Teil ihrer Geschäfte im wirtschaftlichen Nahraum abwickeln, andererseits aber benannt wurde, dass Betriebe ihre Aufträge wiederum an Firmen im größeren Umkreis vergeben. Ergo sollte die Kommunikation der Unternehmen im Nahraum durch die Stadt – bspw. in Gewerbegebietsgesprächen – gefördert werden.

1.2.2.1.2 Fachkräftebedarf, Berufsorientierung und Qualifizierung

Als ein Problem – aber aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet – wurde der prognostizierte Fachkräftebedarf im Handwerk und der Industrie für Thüringen benannt.²⁰ Unterschiedliche Perspektiven meinen zum einen das Problem der Abwanderung von ausgebildeten Fachkräften Richtung westliche Bundesländer auf Grund des nach wie vor hohen Lohn- und Einkommensgefälles wie auch fehlender Arbeitsplätze in der Stadt. Zum anderen wurde das Problem des fehlenden Wissens und der fehlenden Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern bezüglich dessen benannt, was sie erwartet, wenn sie von der Schule in die Ausbildung wechseln. Dies wird unter anderem an einer erheblichen Abbrecherquote deutlich, aber auch in der getroffenen Berufswahl der jungen Leute, die eben eher in Richtung kaufmännischer Berufe streben als in Richtung handwerklich orientierter Ausbildungen.

Als auslösendes Problem wurde weiterhin die eingeschränkte Kompatibilität von Schulausbildung und Berufsausbildung benannt: Was Schule ausbildet wird im Beruf nicht immer gebraucht, was gebraucht wird ist so in den Schulen nicht im Wissensangebot. Hinzu kommt der zukünftige Wegfall von Qualifizierungsansprüchen im Zuge der Umsetzung von Hartz III.

Zusätzlich benannt wurde in der zweiten Veranstaltung das Problem kleiner und mittelständischer Unternehmen, keine Personalentwicklungskonzepte erarbeiten zu können, was es wiederum erschweren würde, den zukünftigen Fachkräftebedarf für die Kommune oder die Region zu prognostizieren.

Mehrfach angesprochen wurde eine Modularisierung von Ausbildung und Qualifizierung als Ansatz zur Flexibilisierung und als problemadäquatere Herangehensweise. Dieser Punkt wurde in der zweiten Veranstaltung sehr konträr diskutiert. Dass es in dieser Frage auch andernorts Überlegungen gibt ist der Dokumentation der Berliner Podiumsdiskussion zu entnehmen, in der darauf verwiesen wird, wie wichtig es gerade bei Jugendlichen ist, Ausbildungs- und Qualifizierungsansätze zu praktizieren, die sich über kurze Zeiträume erstrecken. In Aachen werden damit allem Anschein nach positive Erfahrungen gemacht.²¹ Auch wurden für 2004 bereits Veränderungen angekündigt, etwa die neuen zweijährigen Lehrberufe für Hauptschulabsolventen,

20 Das es in absehbarer Zeit einen erheblichen Mangel an Fachkräften in Thüringen geben wird ist wiederholt auch Thema in der Thüringer Tagespresse. So wurde in einem Thüringer Allgemeine-Artikel vom 05.03.2003 bereits bis 2007 von 70.000, bis 2010 gar von 120.000 fehlenden Fachkräften ausgegangen (Den Bedarf jetzt planen. Thüringer Mittelstand droht in den kommenden Jahren ein Fachkräftemangel., in: Thüringer Allgemeine vom 05.03.2004, S. ZC RA 1)

21 Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137 (hier S. 135)

mit deren Schaffung vor allem Potenziale für diese ansonsten gegenüber Real-schulabsolventen benachteiligte Gruppe gesehen werden.²²

1.2.2.1.3 Gründerklima in der Stadt

Ein weiteres Problemfeld lässt sich unter dem Begriff des Gründerklimas zusammenfassen. Genauer betrachtet ergeben sich hier zwei Stränge der notwendigen Analyse und Bearbeitung: die Neugründung von Unternehmen einerseits und die Übernahme von ansässigen Unternehmen andererseits.

Die fehlende Unternehmensnachfolge ist mehrfach benannt worden – die Eigentümer haben keine eigenen Kinder oder aber diese haben kaum Interesse an der Übernahme der elterlichen Firma. Dies dürfte nicht nur etwas mit anders gelagerten beruflichen Interessen zu tun haben, die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Region oder vielleicht auch der einzelnen Unternehmen im speziellen lassen die Kinder der Unternehmer/innen unter Umständen auch vor einer Nachfolge zurückschrecken. Andererseits könnten aber auch mangelndes Wissen um Fördermöglichkeiten und Netzwerkanbindungen dazu beitragen, eine Entscheidung zu treffen, die letztlich zur Schließung von Betrieben führt. Dass dies nicht von der Hand zu weisen ist zeigten die Ergebnisse einer Diskussion anlässlich einer Tagung zum Programm "Soziale Stadt". Dort wurde am Beispiel der Städte Leipzig und Kassel verdeutlicht, wie wichtig intensive Kontakte und Beratungen zu Fördermöglichkeiten vor Ort – hier in Stadtteilen, die im Programm "Soziale Stadt" gefördert werden – sind. Es wird dabei auch aufgezeigt, wo die Schwierigkeiten in diesem Bereich liegen.²³

Die Frage zum Problembereich der Neugründungen von Unternehmen geht in Richtung des Gründerklimas in der Stadt oder der Region. Dabei spielt aber wiederum die wirtschaftliche Situation – wie kann sich ein neu gegründetes Unternehmen am Markt behaupten, geht dabei eine alteingesessene Firma oder gehen auch beide an der Konkurrenz kaputt – eine erhebliche Rolle. Zur Bearbeitung dieser Fragen wurden verschiedene Vorschläge zur Diskussion gestellt, die initiiert oder auch nur ausgebaut werden müssten und im Abschnitt Lösungsmöglichkeiten Berücksichtigung finden.

22 Jens Müller, Ein Beruf schon nach zwei Jahren. Zwei neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen., in: Thüringer Allgemeine vom 06.03.2004, S. ZC WI 1a

23 Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137 (hier S. 125 u. 126 f.)

1.2.2.1.4 Beschäftigungsförderung und Bedarfe; beschäftigungsfördernde Infrastruktur

Die kommunale Beschäftigungsförderung sollte sich auf die kommunalen Bedarfe – also auf Bereiche beschränken, in denen die Kommune aktiv werden will. Gemeint waren damit Aufgabenfelder wie Wohnumfeldgestaltung, Infrastrukturausbau etc.. Dahinter steht die Frage, in welchen der genannten Felder die Kommune mit Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch die Koppelung der Förderung und dem Einsatz von Eigenmitteln beschäftigungsförderungswirksam agieren will. Dazu könnten auch andere Felder gehören wie etwa Strukturen der Kommunen bei Unternehmensdienstleistungen.

1.2.2.1.5 Konzentrierte und abgestimmte Arbeitsmarktförderung auf kommunaler Ebene

Als ein Kritikpunkt wurde die Struktur innerhalb der Stadtverwaltung, die an verschiedenen Stellen angesiedelte Förderung der Beschäftigung, selbst benannt. Zum einen wurde eine derartige Förderung bisher (noch) im Sozialamt geleistet – Arbeit statt Sozialhilfe etc., zum anderen im Amt für Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit anderen Bereichen, etwa Jugendamt oder den einzelnen Ämtern, in denen dann der Einsatz der über ABM/SAM beschäftigten Männer und Frauen erfolgt. Als ein im Moment noch nicht zu klärendes Problem stellten sich die Hartz-Gesetze dar. Hier muss abgewartet werden, was davon umgesetzt werden soll und vor allem wie es dann umgesetzt werden kann. Die Gefahr, dass die Strukturen der kommunalen Beschäftigungsförderung, die derzeit noch im Sozialamt bestehen, dann wegfallen wurde nachdrücklich in der ersten Veranstaltung benannt.

1.2.2.2 *Lösungsansätze*

Aus dem Material der Workshops konnten unterschiedliche Lösungsansätze herausgearbeitet werden, wobei sich aber aus der institutionellen Zuordnung derer, die diese Lösungsmöglichkeiten benannten, die Abgrenzungen und teilweise fehlenden Überschneidungen ergaben. Es scheinen damit eher sektoral segmentierte Lösungen als globaler wirkende Ansätze möglich zu sein.

1.2.2.2.1 Aufbau von Netzwerken, Möglichkeiten der Kommunikation und Moderationsstrukturen

Als eine Variante wurde die Zusammenarbeit der Kommune mit den Kammern bei der Initiierung und dem Ausbau von Netzwerken vorgeschlagen. Dem gegenüber stand die Forderung, dass Kammern und Verbände als Initiatoren auftreten müssen.

ten, die Kommune aber die Moderation übernehmen solle. Diese Sichtweise wurde von verschiedenen Seiten unterstützt, da Moderation nur von jemandem übernommen werden könne, der auch über die nötigen Zeitbudgets verfügt. Es muss also eine Infrastruktur der Netzwerkmoderation, und wohl auch der Netzwerkkoordination vorgehalten werden. Ob dazu der in die Debatte eingebrachte einmal jährlich stattfindende Wirtschaftsstammtisch ausreichend ist wurde nicht weiter diskutiert. Auch wurden die immer wieder von Teilnehmern angeführten existierenden Netzwerke hinsichtlich ihrer Struktur – sind es Netzwerke oder nur kammerinterne Strukturen – und der damit verbundenen Synergieeffekte angefragt. Nicht geklärt wurde letztlich die angestrebte Ebene der Netzwerke. Sollen sie sich also in einem direkten Kontakt zwischen Wirtschaftsförderung und klein- und mittelständischen Unternehmen, auf der Ebene der Kammern und Ämter oder auf einer ganz anderen Ebene abspielen.

Auch wurde die Gründung von Arbeitsgemeinschaften, wie sie im Bereich der Jugendberufshilfe existiert als Variante in die Diskussion eingebracht. Ein dichtes Netzwerk in der Zusammenarbeit von Trägern der Ausbildung, Ämtern etc. fördert flexible und unkomplizierte Arbeits-, Angebots- und Hilfestrukturen. Auftretende Lücken in der Angebotskette können so schnell entdeckt und geschlossen werden. Es ergibt sich aber im Zuge der letzten Entwicklungen bei der Bundesagentur für Arbeit die Frage, was daraus nach Harzt IV mit den „engen Vergaberichtlinien“ wird.²⁴ In wie weit hierbei auch landesweit operierende Förderprogramme (wie z.B. das zum Regionalmanagement) auf kommunaler Ebene genutzt werden können muss geklärt werden.²⁵

Als eine Möglichkeit für die Schaffung bzw. den Ausbau solcher Strukturen fiel im Workshop der Begriff „Agentur für Unternehmensnetzwerke“. Ebenso wurde als Möglichkeit benannt, dass die Kommune als Moderator solcher Netzwerke fungiert, wobei die Frage des rechtlichen Hintergrundes für den Aufbau solcher Netzwerke – verpflichtende oder freiwillige Teilnahme waren da wohl als Problemstellung gemeint – mitgedacht wurde. Es sollte aber dabei wohl weniger um die Frage gehen, wie kann oder darf ein Unternehmen verpflichtet werden sich an einem derartigen Netzwerk zu beteiligen als vielmehr um die Vermittlung der Potenziale und Synergieeffekte für alle bei einer freiwilligen Beteiligung. Ebenso angesprochen wurde in

24 Vgl. Hartmut Kaczmarek, Bundesagentur vernichtet Jobs. Neue Vorwürfe gegen Gersters Behörde; „Es ist schon fünf nach zwölf“. Protest gegen Gersters Bundesagentur; in: Thüringer Landeszeitung vom 22.01.2004, S. 1 und ZC TH 2 (Landesspiegel)

diesem Zusammenhang die Überlegungen hinsichtlich einer Mischung aus Kooperation und Wettbewerb innerhalb solcher Netzwerke. Gleichmaßen sollte über Wege und Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit Universität und Fachhochschule im Bereich der Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung nachgedacht werden.

Die Idee der Netzwerke wurde in beiden Veranstaltungen des Workshops sehr kontrovers diskutiert, wobei die Kontroverse sich weniger um die Frage des „Ob?“ sondern fast ausschließlich um die des „Wie?“ bewegte. So wurde einerseits angesprochen, dass es wichtig sei zu bedenken, wer ein solches Netzwerk initiieren solle. Die Kommune als Initiator wurde dabei eher verworfen. Einige der Diskutanten präferierten als Initiatoren die Kammern und Verbände, wollten aber die Kommune als Moderator sehen. Es wurde angesprochen, dass die Infrastruktur für solche Netzwerke nötig ist, da sie durch die Vertreter der Wirtschaft aus zeitlichen Gründen – gemeint waren hier die Zeitbudgets der Einzelnen – nicht zu organisieren seien. Außerdem sei es wichtig, professionelle Moderatoren einzubeziehen, die ihrerseits einen „langen Atem“ haben, die Moderation durchzuhalten. Dass es sich bei der Errichtung derartiger Netzwerke um längerfristige Prozesse handeln würde war somit unstrittig unter den Beteiligten. Fraglich bleibt, ob diese Erkenntnis oder Einsicht in der Realität eine Rolle spielen wird, wenn es an eine Umsetzung solcher Ideen gehen sollte. Auch in der mehrfach in diesem Kapitel zitierten Berliner Diskussion spielte der Zeitfaktor, verknüpft mit der inhaltlichen Geduld, also einer Geduld bezüglich der Themen die anfangs diskutiert werden, eine erhebliche Rolle. Mit den Themen gemeint war in der Berliner Diskussion die Herstellung von Vertrauen als Basis für eine Offenlegung von wirklichen Problemen oder auch Zielen.²⁶

Die Vorschläge gingen zum Teil in die Richtung, dass die Kommune sich in der Moderation regionaler – vielleicht auch direkter benannt: lokaler – Ökonomien engagieren sollte. Das könnte aber als Frage – z.B. der Finanzierung – auch wieder an die Beteiligten ein Stück weit zurückgegeben werden. Es stellt sich zudem die Frage, wie eine gemeinsame Finanzierung (dieser für alle Seiten scheinbar interessanten und lohnenswerten Aufgabe) auf die Beine zu stellen wäre. Der Kommune diese Aufgabe allein zu überlassen würde wohl von seiner Umsetzungskraft her zu kurz greifen. Über temporäre Fördermittelausschüttung könnte eine solche Meta-Ebene

25 Hier steht die Frage, welches Förderprogramm dies genau ist und wie es sich auf kommunaler Ebene umsetzen ließe.

zwischen Kommune und Wirtschaft zwar angeregt werden, eine Regelfinanzierung wäre aber für eine kontinuierliche Arbeit nötig.

1.2.2.2.2 Berufsorientierung, Qualifizierung und Fachkräftebedarf

Für die Bearbeitung dieser Probleme und die Entwicklung von Lösungsstrategien wurden Vorschläge unterbreitet, die zwar nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene zu realisieren sind, dort aber eventuell als Modellprojekte angestoßen werden können. So wurde zum Beispiel von verschiedenen Teilnehmer(inne)n eine Modularisierung von Ausbildungsgängen angeregt, die es einerseits ermöglichen würde, eine zeit- und bedarfsnahe Ausbildung auch in sich in ihren Anforderungen an Wissen und Kompetenzen sehr schnell verändernden Berufsfeldern zu gewährleisten. Zum anderen wäre es so eher möglich, junge Menschen mit Schwierigkeiten in der schulischen Bildung über kürzere Ausbildungsmodule, die aber aufeinander aufbauen, schrittweise eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihnen so auf Grund der genannten Schwierigkeiten kaum möglich wäre. Dies aber würde ihre Vermittlungschancen auf dem ohnehin angespannten – und wie bereits angeführt – auch qualitätsorientierten Arbeitsmarkt erhöhen oder gar auch erst schaffen. Wie bereits oben angesprochen, erregten diese Überlegungen aber starken Widerspruch vor allem in der zweiten Veranstaltung mit Teilnehmern, die in der ersten noch nicht anwesend waren.

Dazu könnte über eine angepasste Bildungsträgerlandschaft – eventuell auch in der Regie der Kommune – diskutiert werden. Ebenso wurde eine Qualifizierungskoordination im Ministerium²⁷ und eine Servicestelle bei einem Bildungswerk angeregt. Dies aber würde über den kommunalen Rahmen weit hinausgehen. Zu fragen wäre daher nach Möglichkeiten der Integration derartiger Programme oder Strukturen in die kommunale Ebene. Aber hier liegen eben auch Potenziale zum Anstoß von Maßnahmen in Zukunftsbereichen gerade über die Erhebung von Bedarfen, die die Kommune auf Grund des begrenzten Wirkradius so gar nicht erheben kann.

Kontrovers wurde ebenfalls in der zweiten Veranstaltung das Thema der Informationen und der Informationsvermittlung diskutiert. Die angesprochene Landesarbeitsgemeinschaft „Schule-Wirtschaft Thüringen“ hatte anlässlich seiner Erfurter Herbsttagung u.a. festgelegt, dass bereits in den Grundschulen, aber auch in Förderschu-

26 Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137 (hier S. 127)

len eine stärkere Berufsvorbereitung einsetzen solle. Zusätzlich sollten Lehrkräfte Informationspraktika in Betrieben absolvieren, um so bessere Informationen zu Berufsbildern vermitteln zu können.²⁸ Das Problem ist demnach auch in anderen Gremien erkannt. Auch Schnupperkurse, wie sie etwa über den Girlsday möglich seien, bieten eine gute Grundlage der Informationsvermittlung. Nicht berücksichtigt wurden in diesem Debattenteil die gesellschaftlichen Ursachen mangelnder Informationsrezeption durch die Jugendlichen. Dies muss aber berücksichtigt werden, da sonst von beiden Seiten Erwartungen im Raum stehen, die letztlich nicht erfüllt werden.

Auch sollten laut Meinung einiger Diskutant(inn)en die Elternhäuser mehr in die Pflicht genommen werden. Hier ist jedoch mit Verweis auf die Ergebnisse der Armutsforschung klarzustellen, dass Eltern in resignativen Lebenssituationen – also durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug gekennzeichneten Lebensvollzug – eher vermitteln, dass das Leben auch so gelebt werden kann.²⁹ Perspektiven kann nur vermitteln, wer selbst welche hat. Es bleiben i.d.R. die Jugendlichen auf der Strecke, die auch in ihrer schulischen Laufbahn wenig oder keine Unterstützung erhalten, was wiederum etwas zur Lebenssituation der Eltern aussagen könnte. Und das einmal erworbene Handlungsmuster nur sehr schwer wieder aufzubrechen sind ist in der Literatur hinlänglich beschrieben.³⁰ Ziel der Stadt sollte es dementsprechend sein, Eltern nicht aus der Pflicht zu entlassen, doch in einer zweiten Schiene ganz klar die Vermittlung beruflicher Perspektiven und deren Umsetzung zu fördern.

Hinsichtlich der Ermittlung von Qualifizierungsbedarfen in Kommunen wurde anlässlich der bereits mehrfach erwähnten Tagung zum Programm "Soziale Stadt" angeregt, diese Erhebung, die ja nicht zentral von den kleinen und mittleren Unternehmen zu leisten ist, bei den Kommunen anzusiedeln, um so Fehlinvestitionen im Bereich der Qualifizierung von Arbeitslosen zu vermeiden.³¹ Eine solche Überlegung könnte auch in Erfurt Früchte tragen, wenn sie z.B. in einer engen Zusammenarbeit von Kommune, Kammern, Betrieben und Hochschulen angegangen wird.

27 Dass es eine solche gibt wurde im Workshop angeführt. Der Bekanntheitsgrad dieser 24 Qualifizierungskoordinatoren schien leider noch nicht sehr weit zu reichen.

28 Mehr Praktika angestrebt. Tagung zu Schule und Wirtschaft, in: Thüringer Allgemeine vom 11.11.2003

29 Vgl. Thomas Kieselbach, Lena Lödige-Röhrs, Astrid Lünser: Familien in der Arbeitslosigkeit in: Gerd Iben (Hrsg.): Kindheit und Armut, Analysen und Projekte, Münster 1998, S. 38-56 (hier S. 49).

30 Vgl. u.a. Jutta Ecarius, Aufwachsen in Zeiten gesellschaftlicher Umstrukturierung. Ostdeutsche Bruchbiographien von Heranwachsenden im Kontext von Familie, Freizeit und sozialem Milieu, in: Jürgen Mansel, Georg Neubauer (Hrsg.), Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Opladen 1998, S. 67-89 (hier S. 84) bzw. Ingrid Krieger/Bernd Schlafke, Sozialisation im Armutsklime, in: Klaus Lompe (Hrsg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987, S. 227

31 Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137 (hier S. 133)

1.2.2.2.3 Gründerklima in der Stadt

In der Diskussion wurde beklagt, dass in Deutschland die Selbständigen-Quote nur 11 % betrage, gegenüber 33 % im EU-Durchschnitt, was auch am von Elterngenerationen beeinflussten Gründerklima – Sicherheit bieten nur abhängige Erwerbsarbeit – und dies als Problem zu begreifen sei. Dagegen wurde argumentiert, dass 50 % der Neugründungen nach 5 Jahren pleite seien, es also nicht der Königsweg sein kann, Menschen in die Selbständigkeit zu locken. Dem wiederum steht die Realität der Ich-AG's aus dem Hartz-Konzept gegenüber. Weiter wurde in diesem Zusammenhang das Problem der mangelnden sozialen Absicherung der Existenzgründer/innen beim Scheitern ihrer Geschäftsidee angeführt. Wenn junge Menschen mit einer solchen Idee scheitern, dann sind sie (momentan noch) vom Sozialamt abhängig. Da ist für die Zukunft die Frage zu stellen, ob über Hartz IV nicht eine neue Perspektive eröffnet wird oder ob nicht die Kommune bspw. in einen gesamtgesellschaftlichen Diskussionsprozess Konzepte einbringt. Dazu gehören unter anderem auch wieder die Vernetzung von Angeboten der höheren Bildungseinrichtungen sowie der Kommune. Andererseits gibt es als Gründungsangebot für verschiedene Branchen im technischen Bereich das „Büro Startklar“, welches aber nicht nur auf die Kommune bezogen ist. Insgesamt sind in diesem Bereich die Lösungsstrategien noch entwicklungsfähig.

Im Bereich der Unternehmensnachfolge als einem zusätzlichen Problemfeld – Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation und die Finanzsituation der Kommune durch Einnahmeausfälle – sollte die Kommune mit Informationen zur Verfügung stehen. Es wurde aber nicht erklärt, wie dies ausgestaltet werden kann.

1.2.2.2.4 Beschäftigungsförderung und Bedarfe; Beschäftigungsfördernde Infrastruktur

Die Bereitstellung von Infrastruktur in Form von Flächen für Handwerk und Gewerbe wurde in der Diskussion als Möglichkeit ins Zentrum gestellt. Hier ist zu fragen, ob diese Sichtweise nicht zu kurz greift, basiert sie doch auf einer schon als reaktiv zu bezeichnenden Strategie. Aktive Strategieentwürfe sind in diesem Workshop angesprochen worden, die auf kommunaler Ebene umsetzbar sind. Im Bereich der Bildung z.B. die Vermittlung von mehr Wissen zu Berufen bzw. ganzen Berufsfeldern. Gleichzeitig böte sich die – in den Workshops nicht angesprochene – politische Argumentation an. Gemeint sind damit Forderungen an die Landesregierung durch die Vertreter/innen der Kommunen hinsichtlich Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen auf Landesebene, wie sie auch von OB Manfred Ruge in seiner Rede

anlässlich der öffentlichen Ringvorlesung zum Thema „Reformen in Deutschland“ vorgetragen wurden.³²

So könnte Thüringen sich die Freiheit nehmen, seinen Bildungskanon zu überarbeiten, wird doch immer auf die Bildungshoheit der Länder verwiesen, wenn über Pro und Kontra einheitlicher Schulsysteme debattiert wird. Die kommunale Politik Erfurts stellt zukünftig eine solche Forderung auf. Bündnispartner findet sie dabei sicher sowohl in der Wirtschaft als auch in den benachbarten Kommunen mit den gleichen Problemen.

Außerdem wurde vorgeschlagen, die Vorteile, die Erfurt bieten würde, etwa kurzfristige Bearbeitungszeiten für Anträge im investiven Bereich, besser herauszustellen. Es geht also auch um eine bessere Kommunikation nach außen. Auf diesen Aspekt wurde auch im Workshop zum Thema „Migration und Integration im kommunalen Bereich“ hingewiesen, wobei es in diesem Bereich um die Darstellung der Integrationspolitik der Stadt gehen sollte. Hier könnten sich Zusammenhänge ergeben, da international agierende Unternehmen auch mit internationalem Personal arbeiten. Wenn sich für Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen Perspektiven andeuten, kann dies auch im wirtschaftlichen Bereich positive Folgen nach sich ziehen. Aber auch im klein- und mittelständischen Sektor spielen Migrant(inn)en in den alten Bundesländern, auch auf dem Ausbildungsmarkt, inzwischen eine nicht unerhebliche Rolle. Diese Erfahrungen sollten in Erfurt nicht unberücksichtigt bleiben. Im Workshop „Migration und Integration im kommunalen Bereich“ wurde darauf hingewiesen, dass in den neuen Bundesländern der Vorteil gegeben sei, die Erfahrungen aus den alten Bundesländern antizipieren zu können. Empirisches Material dazu, etwa der „Stiftung Zentrum für Türkeistudien“ der Universität Duisburg-Essen,³³ ist in ausreichendem Maße verfügbar.

1.2.2.2.5 Konzentrierte und abgestimmte Arbeitsmarktförderung

Die Kommune könnte über die bisher besetzten Felder eigener ABM/SAM,³⁴ etwa in der Sozialen Arbeit oder auch der Infrastruktur-Entwicklung, mit Angeboten im Netzwerk- und Kommunikationsbereich aktiv werden. Das ist aber nicht nur eine Frage an die Kommune. Hier könnten die unterschiedlichen Strukturen der Wirt-

32 Manfred Ruge, Lieber kleine Brötchen backen und überleben. Warum Kommunen, insbesondere in Ostdeutschland, in der Krise stecken, in Thüringer Landeszeitung vom 06.03.2004, S. 4

33 <http://www.zft-online.de/deutsch.php>

34 In den aktuellen Regelungen werden die früheren SAM als AFL bezeichnet und sind nur noch mit Zuweisungen für ein halbes Jahr verbunden. Zusätzliche Hürde ist drohendes Abrutschen in Sozialhilfeabhängigkeit.

schaft – Handwerkskammer, Aufbaubank etc. – z.B. darüber nachdenken, wie etwa eine gemeinsame Finanzierung – Mischfinanzierungen sind ja auch in den unterschiedlichen Förderprogrammen häufig (fast zwingend) vorgesehen – mit der Kommune zu realisieren sind. Damit wäre dann auch eher ein gemeinsamer denn ein einsamer Weg zu gehen zwischen allen Beteiligten und Interessenten einer kommunalen Beschäftigungsförderung – und die Interessen liegen ja, wie in der Diskussion zu erkennen war, sowohl bei der Kommune als auch in der Wirtschaft, wenn so global von der Wirtschaft überhaupt gesprochen werden kann. Auch hier würde wieder die Frage/Möglichkeit des Förderprogramms Regionalmanagement im Raum stehen – ließe sich dieses umsetzen und wenn ja – wie?

1.3 „Migration und Integration im kommunalen Bereich“

Die Debatte in diesem Workshop machte deutlich, was in Erfurt bisher erreicht wurde, zeigte aber auch noch nicht ausreichend genutzte Potenziale einer kommunal geförderten Migrations- und Integrationspolitik auf. Es wurde in der Diskussion klar, dass die Stadtverwaltung Integration als Querschnittsaufgabe begreift und bestrebt ist sie entsprechend umzusetzen. Andererseits bestehen eben aus Sicht von Vereinen und Verbänden z.B. Defizite in der Vermittlung von Informationen. Die im Workshop erarbeiteten Leitziele stellen ein klares Bekenntnis zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Erfurt dar.

1.3.1 Leitziele

- Erfurt ist eine ausländerfreundliche und weltoffene Stadt, in der Menschen aller Kulturen willkommen sind und in der Fremdenfeindlichkeit keinen Platz hat. Gemeinsam mit den hier ansässigen Institutionen und Verbänden werden die Stadtverwaltung und das Stadtparlament dafür Sorge tragen, dass möglichen fremdenfeindlichen Tendenzen sofort und mit Nachdruck entgegengewirkt wird. Der politische Wille, Fremdenfeindlichkeit zu verhindern wird in der Öffentlichkeit deutlich vertreten um Erfurt für alle zu einer attraktiven Stadt werden zu lassen.
- Die Stadt Erfurt als Sozial- und Wirtschaftsraum lebt auch von der Vielfalt an Potenzialen, die Menschen aus anderen Ländern und Kulturen in diese Stadt einbringen. Dies für alle deutlich werden zu lassen wird in der Öffentlichkeit herauszustellen sein.
- Die Stadt Erfurt will eine interkulturell lebendige und internationale Stadt sein. Interkulturell verbindet internationale Bekanntheit mit multikultureller Vielfalt im

Inneren der Stadt. Dazu werden auch die Voraussetzungen in Politik und Verwaltung weiter ausgebaut. Dies bedeutet auch, Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt in Politik und Verwaltung einzubeziehen.

- Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Da in Zukunft immer mehr Menschen aus anderen Ländern und Kulturen in unsere Stadt kommen werden, weil wir sie in unserer Stadt brauchen, wird die Stadt in enger Zusammenarbeit mit allen daran Interessierten ein Integrationskonzept entwickeln, in dem alle Belange von in unsere Stadt zuziehenden Menschen Berücksichtigung finden werden und welches bei Bedarf den sich verändernden Bedingungen angepasst wird. Integration bedeutet dabei das Aufeinanderzugehen von Kommenden und den schon hier Lebenden, dies meint die Menschen ebenso wie die durch sie verkörpert Institutionen.

1.3.2 Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze

Ebenso wie zu den anderen thematischen Workshops sollen zu Beginn erste Ergebnisse aus den beiden Veranstaltungen des Workshops „Migration und Integration im kommunalen Bereich“ vorgestellt werden. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird in der Stadtverwaltung als eine der Hauptaufgaben und als Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der kommunalen Verwaltung betrifft, angesehen. Sie stellt aber gleichzeitig ein erhebliches Problem dar. Die Integration muss – und da sind sich alle einig gewesen – als Prozess immer wieder gefördert werden. Mit der Integration von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Ansichten und Lebensweisen – eben mit einer „Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen“ – geht eine Pluralisierung innerhalb unserer Gesellschaft einher, die Flexibilität und Verständnis aller Beteiligten voraussetzt. Denn der soziale Zusammenhalt aller muss gesichert werden, der der ursprünglich hier lebenden Bevölkerung ebenso wie der derer, die zu uns kommen.

Migration bedeutet, und darauf wurde dankenswerterweise mehrfach hingewiesen, nicht nur die Zuwanderung von Menschen, die sich nach ihrer Ankunft an das Sozialamt wenden müssen, weil die eigenen Ressourcen (noch) nicht ausreichen, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Migration heißt eben auch neue wirtschaftliche Potenziale für die Kommune, füllen von Dienstleistungslücken und damit nicht zuletzt neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für die Kommune. Offen bleibt die Frage, wie viele Arbeitsplätze durch Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund geschaffen wurden und wie viel Wirtschaftskraft die derzeit in Erfurt an-

sässigen 2,4 % Migrant(inn)en haben? Weiter wurde ein Vorteil für Erfurt respektive der Ostdeutschen insgesamt benannt: die Antizipierbarkeit dessen, was auf uns zukommt. Die Möglichkeit, den Fehler zu vermeiden, die Entwicklungen hinsichtlich Migration und der damit verbundenen Veränderungen in der Gesellschaft „hinter dem Rücken der Beteiligten“ ablaufen lassen. Damit soll gesagt werden, dass es bereits ein Vorwissen hinsichtlich der zu erwartenden Prozesse gibt, welches genutzt werden kann.

1.3.2.1 Problemanzeigen

Aus dem Material der Veranstaltungen des Workshops lassen sich fünf Problemfelder herauskristallisieren, die – so auf den Punkt gebracht – sicher auch provozieren (müssen). Daran anknüpfend können – und wurden auch bereits im Workshop – Ideen entwickelt werden, wie eben diese Fehlstellen besetzt, die Friktionen ausgeräumt werden können, damit eine – und darauf muss die Betonung liegen – sozial ausgewogene – Integration auf kommunaler Ebene gelingen kann. Diese Problem-begriffe heißen:

1. Begriffsdilemma
 - Was bedeutet Migration / Menschen mit Migrationshintergrund?
 - Ist Erfurt ausländerfreundlich, integrativ, international oder multikulturell?
2. mangelnde interkulturelle Kompetenz
3. mangelnde Integration auf der Ebene von Politik und Verwaltung, sowie im Allgemeinen
4. Gerücht von der „ausländerfeindlichen Stadt“
5. die Ausländer/innen - die „unbekannten Wesen“

1.3.2.1.1 Begriffsdilemma

Die hier aufgeführten Begriffe sollen im Folgenden noch einmal näher erläutert werden, da ansonsten die Möglichkeit besteht, dass verschiedene Personen verschiedene Inhalte damit verknüpfen und so eine inhaltliche Diskussion auf Augenhöhe kaum möglich wird.

Unter dem Begriffsdilemma ist zu verstehen, dass kaum mehr auf ein einheitliches Verständnis zum Begriff Migration zurückgegriffen werden kann. Was heißt Migration, was verbirgt sich dahinter, wie sieht sie aus? Vielleicht auch: wie fühlt sie sich an? Im Workshop wurde Migration als Abwanderung und Zuwanderung beschrieben. Der Begriff darf also nicht als zu eng gefasst verstanden werden – Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge gehören dazu ebenso wie die allgemein

als Ausländer zu bezeichnenden Gruppen. Aber eben auch Menschen, die nach Jahren wieder nach Deutschland zurückkehren oder die, die Deutschland gerade – mit einem deutschen Pass in der Tasche – verlassen. Hier bietet sich an, von „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu sprechen, um möglichst alle von Migration Betroffenen mit ihren unterschiedlichen Migrationsgeschichten bzw. ihren verschiedenen Migrationsbeweggründen in die Überlegungen mit ein- und nicht auszuschließen. Diese Vielfalt an Biographien, die mit dieser Begriffsklammer gefasst wird, muss in der Bevölkerung vermittelt werden.

Ein weiteres Problem, welches sich unter dem Thema Begriffsdilemma diskutieren lässt, ist die Frage nach dem Selbstverständnis und dem Standpunkt der Stadt Erfurt und ihrem Umgang mit Zu- und Abwanderung. Wie ist das eigene Selbstverständnis und mit welchem Begriff kann es gefasst werden? Versteht sich Erfurt als ausländerfreundlich, integrativ, multikulturell oder gar als eine internationale Stadt? In den Leitzeilen heißt es dazu: Die Stadt Erfurt will eine interkulturell lebendige und internationale Stadt sein. Der Begriff „interkulturell“ bringt verschiedene Kulturen miteinander in Beziehung, in Abgrenzung zu dem Begriff „multikulturell“, der bedeutet, dass verschiedene Kulturen nebeneinander existieren. Erfurt öffnet sich hin zu dem Ziel eine internationale Stadt zu werden, sich der Welt zu öffnen, über ein nationales Verständnis hinaus „ja“ zu einer lebendigen Vielfalt zu sagen und diese in ihrem Werden zu unterstützen.

1.3.2.1.2 Mangel an interkultureller Kompetenz

Als ein wichtiges Problem wurde der in fast allen Bereichen des Lebens anzutreffende Mangel an interkultureller Kompetenz, an Wissen zum kulturellen Hintergrund des „Gegenüber“ benannt. Diese Fehl- oder auch Leerstelle birgt die Gefahr vielfältiger Irritationen im Kontakt von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Schon regionale Unterschiede innerhalb von Deutschland können in der Kommunikation dazu führen, dass Menschen aneinander vorbei reden. Da sie aber die „gleiche“ Sprache sprechen und auch noch (nahezu) gleich aussehen, wird dem wohl nicht die Problematik beigemessen, die sich aus diesen Irritationen ergeben können. Deutlicher tritt dies in der Interaktion zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, die ja neben dem sprachlichen noch einen bildungs- und einen kulturellen, zusätzlich noch verschiedene religiöse Aspekte haben kann, hervor. Wie nun damit umgehen? Diese Frage stellen zu können setzt voraus zu wissen, wie diese Unterschiede zu erkennen und einzuordnen sind. Da aber sind vielfach die benannten Lücken – Döner essen reicht ebenso wenig, um arabische Mentalitäten zu verstehen wie das

hören von Klezmer-Musik die Unterschiede zwischen orthodoxem und liberalem Judentum zu vermitteln vermag.

1.3.2.1.3 Mangelnde Integration

Die mangelnde Integration auf der Ebene von Politik und Verwaltung meint die ebenfalls mehrfach angesprochene fehlende Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen jenseits der Toilettenetagen von Kinos, Theatern oder Autobahnraststätten. Vor diesem Hintergrund sind zu wenig Ämter und kommunale Institutionen im Netzwerk für Integration verankert. Diese Vernetzung könnte den Beginn bzw. die Fortsetzung der Bildung im Bereich interkultureller bzw. multikultureller Kompetenzen von Beschäftigten der Erfurter Stadtverwaltung befördern helfen. Die weitere, bisher nicht in ausreichendem Maße vorhandene Umsetzung und Verinnerlichung interkultureller Ansätze innerhalb der Stadtverwaltung Erfurts würde mit einem Imagegewinn und einer Vorbildwirkung nach außen einher gehen. In diesem Zusammenhang sind bislang keine klaren politischen Bekenntnisse für Ausländerinnen und deren Integration postuliert worden. Integration benötigt politischen Willen, das hier vorgestellte Leitbild kann diese Vision lediglich hervorheben, die Stadtverwaltung, aber auch andere Strukturen wie Polizei und Wirtschaft, müssen diesen Ansatz der Interkulturalität bereits jetzt verinnerlichen. Feste zur Pflege kultureller Traditionen zu veranstalten reichen dafür nicht aus, so die Meinung im Workshop.

Integrationsbemühungen auf der Ebene von Politik und Verwaltung stehen auch immer in der Gefahr, mit der Schaffung von Strukturen und Angeboten den Wunsch nach einer Ordnung für einen eher chaotisch – durch oben bereits beschriebene unterschiedliche Lebensentwürfe – verlaufenden Prozess zu verbinden, der sich in dieser Form nicht kontrollieren lässt. Migration ist nicht in jeder Hinsicht planbar. Migration muss begleitet und unterstützt werden ohne zwanghaft an tradierten Strukturen festhalten zu wollen. Um den sehr unterschiedlichen biographischen Wegen und Migrationshintergründen der betroffenen Menschen gerecht zu werden, ist hier eine individuelle Hilfe zur Integration als eine Art Hilfe zur Selbsthilfe zu favorisieren. Es gibt in Erfurt und darüber hinaus viele kleine Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht vernetzt sind, nichts voneinander wissen und somit auch keine gemeinsamen Ziele formulieren und bearbeiten können. Hier zeigen sich Probleme in der Herstellung von Verbindungen und Kontakten zu Neuankömmlingen und den für sie möglichen Angeboten, die einen ersten Schritt zur Integration darstellen.

1.3.2.1.4 Gerüchte von der „ausländerfeindlichen Stadt“

Das Gerücht von der „ausländerfeindlichen Stadt“, des „ausländerfeindlichen Ostens“ – es geistert durch die (Medien-)Welt, betrifft dabei aber den Osten Deutschlands allgemein und nicht nur Erfurt. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass zugewiesene Ausländerinnen nach Erlangen der Freizügigkeit häufig in westliche Bundesländer abwandern. Darüber hinaus wurde in den Workshops mehrfach benannt, dass es in der Stadt ausländerfreundliche Einstellungen gibt. Diese Einstellung sollt in Zukunft verstärkt kommuniziert werden.

1.3.2.1.5 Ausländer/innen, das unbekannte Wesen

Als ein weiteres, hier als das Fünfte aufgeführte, Problem wurde benannt, dass die Bevölkerung auf den Wandel und Veränderungen kaum vorbereitet ist, da Ausländer/innen bisher als das „unbekannte Wesen“ anzusehen waren. Nicht weil den Menschen im Osten nichts über andere Kulturen erzählt wurde, sondern vielmehr, weil ihnen die persönlichen Erfahrungen fehlten. Das Sammeln solcher Erfahrungen vor dem Hintergrund einer sehr geringen Zahl von Migrant(inn)en – zu verweisen ist auf den Ausländeranteil von 2,4 % in Erfurt gegenüber durchschnittlich 10 % in den alten Bundesländern³⁵ – ist für die Einzelnen schwierig. Diese Erfahrungen können aber nicht im Crash-Kurs erworben werden. Sie müssen wachsen und gedeihen, und sie müssen vermittelt werden, allerdings nicht nur im Osten, wie der Fairness halber vermerkt werden muss.³⁶

1.3.2.2 Lösungsansätze

Nach einer ausführlichen Betrachtung der angesprochenen Probleme, wenden wir uns nun den aufgezeigten Bearbeitungsstrategien und Lösungsansätzen zu. Dabei soll hier erst einmal keine Rolle spielen, in wie weit sie in Erfurt fehlen oder nur rudimentär vorhanden sind. Sie sollen hier lediglich benannt und etwas erläutert werden, um für die weitere Diskussion für alle wieder zur Verfügung zu stehen. Aus dem Material konnten drei Hauptbegriffe herausgearbeitet werden. Diese lauten in nicht zu bewertender Reihenfolge:

1. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (be)fördern

35 Eckart Riehle, Michael Seifert, Stolpersteine interkultureller Verwaltungskommunikation, in: Eckart Riehle (Hrsg.), Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden, Wiesbaden 2001, S. 11-35 (hier S. 11)

36 Der bereits zitierten Band von Eckart Riehle befasst sich mit den Problemen interkultureller Kommunikation in den alten und neuen Bundesländern ebenso wie in Österreich und der Schweiz



- interkulturelle Kompetenz fördern
 - Gerücht von einer Ausländerfeindlichkeit der Stadt abbauen
2. Migrant(inn)en Teilhabemöglichkeiten bieten
 3. das wirtschaftliche Potenzial von Migration muss herausgestellt werden
- Wie bereits zu den Problembegriffen sollen noch einige inhaltliche Ergänzungen zu diesen Anstrichen erfolgen.

1.3.2.2.1 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit fördern

Unter dem Begriff der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich ganz unterschiedliche Bereiche subsumieren. Da ist zum einen der Bereich, der sich mit der (Be)Förderung von interkultureller Kompetenz fassen lässt. In der Einführung ist dies schon angeklungen und in den Problembegriffen tauchte es ebenfalls auf – da gibt es Wissenslücken, die zu schließen sind. In der Migrationsforschung gibt es den Begriff des „cultural iceberg“,³⁷ der besagt, dass die „wahrnehmbaren Kulturmerkmale wie Kleidung oder Essgewohnheiten über der Wasseroberfläche liegen, während unter der Wasseroberfläche die viel gewichtigeren verhaltensprägenden und bedürfnisbestimmenden Kulturmerkmale liegen“.³⁸ Diese Wissenslücken sind auf allen Ebenen der Gesellschaft zu finden. Dass es bereits Ansätze der Bearbeitung gibt wurde auch schon erwähnt. Zu fragen ist, wie können diese Ansätze ausgebaut, wie kann die interkulturelle Kompetenz in unserer Gesellschaft vorangebracht werden. Und: Wer sollte damit überhaupt (alles) erreicht werden? Geht es vielleicht auch darum, Migrant(inn)en kulturelle Kompetenz zum Land ihrer (erzwungenen)³⁹ Wahl zu vermitteln. Gleichstellung im Bildungsbereich sollte hier groß geschrieben werden und Thüringen eine Schulpflicht für alle Kinder bekommen. Schulbildung und Sprachförderung sind grundlegende Voraussetzungen für eine positive Entwicklung und Integration in aller erster Linie von Kindern, die bekanntlich unser aller Zukunft sind.

Der zweite Bereich richtet sich eher nach Außen – in die Welt – wenn es hier so banal erlaubt ist. Erfurt hat, dies wurde von verschiedenen Teilnehmer(inne)n der Veranstaltungen hervorgehoben, bereits einiges zu bieten, vorzuweisen in seiner Integrationspolitik. Doch wer nimmt dies wahr? Es gibt Begrüßungsseminare zur Klärung erster Fragen etc., der Ausländerbeirat (vertritt die Interessen von Asylbewerbern) und der Sozialausschuss (vertritt die Interessen von Spätaussiedlern) sind

37 Vgl. Eckart Riehle, Michael Seifert, a.a.O., S. 12
 38 Eckart Riehle, Michael Seifert, a.a.O.

in der Planung von Wohnungsvergabe und Wohnstandorten beteiligt, um nur einiges zu nennen. Hier liegen Ressourcen im Verborgenen, das Positive auch zu zeigen (z.B. mit Plakataktionen, politischen Bekenntnissen mit Symbolcharakter etc.) Diese Vorschläge sollten verstärkt aufgegriffen werden. Ein Bekenntnis der Stadt Erfurt als interkulturelle lebendige und internationale Stadt ist ohne Zweifel nur durch die Leistungen innerhalb einer Querschnittsaufgabe umzusetzen und über diese Aufgaben hinaus auch nur mit den Bürgern der Stadt.

1.3.2.2.2 Migrant(inn)en Teilhabemöglichkeiten ermöglichen

Migrant(inn)en mehr Teilhabemöglichkeiten zu bieten wäre ein Signal, so die Aussagen im Workshop. Diese Teilhabemöglichkeiten sollten über den Rahmen folkloristischer und/oder gastronomischer Möglichkeiten hinausgehen. Vorschläge dazu gab es einige: So könnte ein/e Ansprechpartner/in im Servicebüro der Stadt eingesetzt werden. Um die Informationen zu Anlaufstellen für Menschen, die nach Thüringen kommen zu verbessern, könnte eine Datenbank mit allen Gesellschaften, Vereinen und Verbänden, die im Bereich der Integrationsarbeit bei Kommune oder Land tätig sind, hilfreich sein. Wichtige Informationen könnten in der Stadtinformation, im Einwohnermeldeamt, in der Ausländerbehörde als den Stellen, zu denen auf alle Fälle sofort Kontakt aufgenommen wird, in Form von Plakaten mit Adressen und Telefon-Nummern angebracht bzw. aufgehängt werden. Es ging den Beteiligten im Workshop um mehr als nur um die Einbeziehung einzelner kleiner Gruppen, es war der Wunsch nach einem Integrationskonzept, das Partizipation und damit Chancen- und Rechtsgleichheit zum Ziel haben soll. So geht es bspw. unter vielen anderen auch um Menschen aus EU-Staaten, die automatisch ein Kommunalwahlrecht haben. Investitionen in kommunale Anlauf- und Netzwerkstellen stellen eine Investition in die Zukunft der Stadt dar. Eine Einwanderungsgesellschaft braucht auch eine interkulturelle Verwaltung, die Migrant(inn)en mit ihren kulturellen Bedürfnissen wahrnehmen und als gleichberechtigte Bürger/innen akzeptieren kann. Natürlich müssen diese Aussagen vor der Zahl der ausländischen Bevölkerungsanteile in Erfurt gesehen werden. Doch sollte deutlich werden, wenn sich Erfurt als ausländerfreundliche Stadt bezeichnet, dass der Rückzug auf die Ausländerquote nicht vordergründig sein darf.

1.3.2.2.3 Wirtschaftliche Aspekte von Migration

Schlussendlich ein Aspekt, der eventuell auch unter dem Begriff der Öffentlichkeitsarbeit fassbar wäre. Dann aber würde er den Stellenwert verlieren, den er wahrscheinlich hat – die wirtschaftlichen Potenziale der Migrant(inn)en in der Stadt. Davon partizipieren viele – sie essen griechisch, asiatisch oder auch indisch etc., sie kaufen Käse beim Franzosen, Bekleidung beim fliegenden Händler, was auch immer. Aber wie nimmt dies die Mehrheit scheinbar wahr? Migrant(inn)en offiziell anzuerkennen, diese Haltung bekannt zu machen und da vermittelnd – im Sinne von Wissen vermitteln – einzugreifen, sollte einen eigenen Punkt im Denken all derer markieren, die Wirtschaft, Steuern, kurz – mit Finanzen hier in dieser Stadt zu tun haben. Ein klares politisches Bekenntnisse für Ausländerinnen und Integration, gleichwohl die Verabschiedung eines Integrationskonzeptes durch das Land Thüringen ist hier dingend angemahnt, denn in der Vermittlung eines positiven Images besteht die Möglichkeit des „Geraderückens verrutschter Bilder“. Für die Stadt liegt bereits der Entwurf eines Integrationskonzeptes durch das Netzwerk für Integration vor, noch bedarf dieser Entwurf einer Ratifizierung. Wenn Bund und Land hier nicht bald handeln sollte Erfurt als Kommune die Initiative ergreifen und ein Signal setzen.

1.4 Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

Das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit wird in Erfurt nicht erst mit diesen Workshops diskutiert. So sind Grundsätze kommunaler Familienpolitik in Erfurt bereits festgeschrieben. Diese Voraussetzungen hatten positive Auswirkungen auf den Workshop. So konnte eines der nachfolgenden Leitziele bereits übernommen werden. Darüber hinaus ist der Familienbegriff in Erfurt sehr weit definiert, um Kinder in ihren je unterschiedlichsten Lebens- bzw. Familienzusammenhängen zu berücksichtigen. Die folgenden Leitziele sind Ausdruck dieser langjährigen Debatte und der Bearbeitung vielfältiger Themen in den Workshops.

1.4.1 Leitziele

- Ausgehend von einer weitgehenden Definition, wie sie die Stadt Erfurt für sich in Anspruch nimmt ist „Familie der Ort, wo Kinder leben unabhängig davon, ob und in welcher Form Eltern oder ein Elternteil mit Partner zusammenleben ...“⁴⁰. Familienbildende Maßnahmen haben in der Stadt Erfurt eine fordernde Position. Dazu werden bestehende Angebote ausgebaut und über die Pflichtleistungen hinaus neue Angebote zur Stärkung und Förderung sozialer, erzieherischer und Beziehungs-Kompetenzen geschaffen. Für alle Bereiche der Familienbildung

40 „Maßnahmeplan zur Familienbildung und Familienförderung“, Beschluss Nr. 143/2001 vom 29.08.2001 des Stadtrates der Stadt Erfurt

wird auf eine Niederschwelligkeit der Angebote geachtet. Der Bildungs- und Ausbildungsbereich erhält erhöhte Aufmerksamkeit und muss in Zukunft neue Perspektiven für Kinder und Jugendliche bieten.

- Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit besonders weiterzuentwickeln. Die Beachtung von Familienbelangen und die Partizipation von Familien und besonders der von Kindern und Jugendlichen ist eine Querschnittsaufgabe der städtischen Ressorts. Dazu sollen städtische Standards entwickelt werden. Kindertagesstätten erhalten im Interesse von Familienbelangen flexiblere Öffnungszeiten und werden als Kontakt- und Knotenpunkte für vielfältige Maßnahmen mit einem starken Sozialraumbezug, in dem sie die Funktion von Gemeinwesenzentren übernehmen sollen, erweitert. Das Platzangebot besonders für Kleinkinder wird flexibel und bedarfsgerecht weiterentwickelt.
- Die räumliche Umgestaltung der Stadt geschieht auch aus einer Perspektive der Kinder und Familien. Für Planungen wird stärker der Blickwinkel der Kinder berücksichtigt. Stadtentwicklungsmaßnahmen werden unter Beachtung der Ressourcen der Einwohner in den jeweiligen Gebieten geplant und durchgeführt. Besondere Beachtung erhalten öffentliche Räume als Begegnungsorte und Verkehrsräume als Spielräume. Unverzichtbar ist der stetige Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV.
- Das Prinzip gender mainstreaming nimmt in der Politik der Erfurter Stadtentwicklung auf als Leitgedanke einen zentralen Stellenwert ein. Zukünftige Konzepte sind an diesem Prinzip zu orientieren. Dieses Leitziel steht allen anderen Leitzielen zur Stadtentwicklung voran.

Als bereits vorhandenes Leitziel wird aufgenommen:

- Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und Männern bedingt die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben. Zur Sicherung gleichberechtigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Stadtpolitik schafft die Stadt Erfurt Rahmenbedingungen, die der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Haushalt besser gerecht werden.

1.4.2 Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze

Beide Veranstaltungen des Workshops waren davon gekennzeichnet, dass die Beteiligung insbesondere auf Seiten der freien Träger und des staatlichen Schulamtes eher begrenzt ausfiel. Über Gründe kann lediglich spekuliert werden. Möglicherweise verstehen sich die Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen nicht als Faktor oder Grundlage einer Perspektive des Wirtschaftsstandorts Erfurt. Wenn dem so ist, sollte an einer Blickwinkeländerung gearbeitet werden. Erklärender Weise spielt unter Umständen der oben genannte stetige Prozess der Jugendhilfeplanung, in dem selbige Träger eingebunden sind, eine Rolle. Daher gab es in der Diskussion eine Fokussierung auf die Altersgruppe der bis 6-Jährigen und auf Familien insgesamt. Kinder und Jugendliche über 6 Jahre und deren Bedürfnisse spielten nur eine

untergeordnete Rolle. Deutlich wurde in den Workshops, und das werden auch die folgenden Problemaufrisse zeigen, dass bezüglich der Kinder- und Jugendarbeit bereits einiges in Erfurt geleistet wurde. Nicht zuletzt aus diesem Grund, der Verbindung der Kinder- und Jugendarbeit mit der Sozialpolitik, wurde Erfurt 1997 als kinder- und familienfreundliche Stadt ausgezeichnet. Weiterhin sind bspw. im Rahmen des Modellprojektes INTEGRA einige innovative Gedanken bearbeitet und größtenteils erfolgreich umgesetzt worden, etwa die sozialräumliche Ausrichtung der Hilfestruktur. Diese Entwicklung sollte in der Zukunft auch mit anderen Diensten abgestimmt und ausgebaut werden.

Hauptanknüpfungspunkt in der Diskussion war die Einschätzung der Betreuungssituation und der daraus resultierende Umgang mit Kindern bis 2 Jahren. Einerseits wurde eine Meinung vertreten, die eher auf konservative Traditionen zurückzuführen ist, nach der Kinder bis zu diesem Alter in der Familie zu betreuen sind. Die andere Meinung, und hier eher der ostdeutschen Tradition verbunden, fordert für diese Altersgruppe eine Ausweitung der Angebote,⁴¹ um den Eltern, ganz gleich ob (verheiratetem) Elternpaar oder allein erziehenden Müttern und Vätern, mehr emanzipatorische und partizipatorische Freiräume, bspw. in Form der Beteiligung an Erwerbsarbeit, zu ermöglichen. Demnach sollte nicht der Staat darüber entscheiden wollen, was gut für die Kinder ist, sondern die Eltern.

Erfurt geht mit der Definition seines Familienbegriffes, angelehnt an Thüringen, sehr weit. Der Begriff der Familie wird so definiert, dass Familie dort ist, wo Kinder leben, was als grundlegend positiver Ansatz in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit zu werten ist. Familienpolitik ist nach Sicht der Workshop-Teilnehmer/innen als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche und Ämter zukünftig anzusehen. Damit kann im Ansatz den Folgen von rückläufigen Mitteln begegnet werden. Überhaupt wird mit diesem Verständnis des Begriffs Familie und der daraus resultierenden Gewichtung der Familie als ein wichtiger Sozialisationshort junger Menschen neue Perspektiven in der Kinder- und Jugendarbeit eröffnet. Als Beispiel sind hier die Bemühungen um Bündnisse für Familien zu nennen.

Deutlich hervorgehoben wurde von allen Beteiligten, dass die Familien bei der Entscheidung für ein Leben mit Kindern durch entsprechende Rahmenbedingungen zu unterstützen seien. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass sich die Tendenz, sich

41 Vgl. Anette Elsner, Mehr Angebote für Kleinstkinder nötig. Tagespflege wird immer stärker nachgefragt – Bundestag soll Ausbau und Förderung beschließen, in: Thüringer Landeszeitung vom 15.03.2004, S. ZA

gegen ein Leben mit Kindern zu entscheiden, fortsetzen dürfte. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die kommunalen Spielräume zu einem erheblichen Maße durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene festgelegt werden, was sich vor allem an den mehr oder weniger fehlenden finanziellen Ressourcen erkennen lässt. Im Zusammenhang mit den weniger werdenden finanziellen Mitteln der Kommune wurde auch die Frage diskutiert, ob ein lineares Rückfahren der Angebote möglich und notwendig wäre. Dies wurde in der Diskussion von weitgehend allen Beteiligten abgelehnt.

Die in den Workshops referierten Daten zu Familien und Kindern in Erfurt bedürfen einer detaillierteren Untersetzung. So müssten z.B. die Zahlen zu Ehepaaren ohne Kinder nach Altersgruppen der Haushaltvorstände oder – noch besser – nach dem Durchschnittsalter des Haushaltes analysiert werden. Ebenso problematisch sind die Zahlen von Kindern in Ein-Eltern-Haushalten. Der bislang verwendete Begriff der Alleinerziehenden trifft nicht. Es müsste vielmehr nach Alleinstehenden mit Kindern, Paaren in eheähnlicher Gemeinschaft mit Kindern, Paaren mit Kindern, aber ohne häusliche Gemeinschaft der Eltern etc. differenziert werden. Dies ist mit den Daten der Stadt derzeit nicht möglich.

Nach zwei Einführungsreferaten zum Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit mit Reflektionen auf demographische Entwicklungen, den Arbeitsmarkt, bisherige Leistungen und Errungenschaften der Kinder- und Jugendhilfe in Erfurt, aber auch deren Defizite und einer sich anschließenden kontroversen Diskussion zwischen Vertreterinnen aus Wissenschaft, Stadtverwaltung und Trägern konnten die im folgenden angeführten Problemanzeigen und Lösungsansätze herausgestellt werden.

1.4.2.1 Problemanzeigen

Die in der ersten Veranstaltung des Workshops hervorgetretenen Problemanzeigen ließen sich in vier Dimensionen komprimieren. Ein fünfter Anstrich kam durch die zweite Veranstaltung des Workshops hinzu, da die inhaltliche Substanz nach Ende des ersten Teils nicht ausreichte, diesen Punkt anzuführen. Sie seien hier kurz genannt:

- Familie befindet sich im Wandel
- Kompetenzen in der Haushaltsführung, in der Beziehungsarbeit, in Erziehungsfragen etc. werden von mehr Familien nicht mehr in dem Maße erworben, in de-

ER 1. Dort heißt es: „Mehr Angebote in der Betreuung für Kinder unter zwei Jahren tun not: Der Bedarf wird steigen, sagt die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann mit verweis auf die Erfurter Geburtenzahlen.“

nen dies für eine günstige Sozialisation von Kindern und Jugendlichen notwendig wäre

- die Angebote der Betreuung sind vor allem für das Kleinkindalter (1. – 2. Lebensjahr) nicht bedarfsgerecht
- für die Teilzeitunterbringung oder eine stundenweise Unterbringung in Kindertagesstätten besteht nicht genug Flexibilität in den Angeboten und in den Gebührenberechnungen
- Gründe für Wegzug: Wohnumfeld / Bildungsperspektiven für junge Menschen sind mangelhaft

Die genannten Problemfelder lassen sich nicht in jedem Fall voneinander abgrenzen. Festzustellen ist, dass es sich einerseits um gesellschaftliche Dimensionen handelt, andererseits um allein in der Praxis veränderbare Problemfelder. Ebenso lassen sich den einzelnen Problemfeldern nicht dezidiert einzelne der im Workshop genannten Lösungsstrategien zuordnen. Daher sollen hier in einem ersten Schritt die Problemfelder expliziert werden. Die Reihenfolge ist dabei wertungsfrei gewählt.

1.4.2.1.1 Familie im Wandel

Die im Workshop benannten Zahlen zeigen für die Stadt bereits ein völlig verändertes Familienbild auf. Fast die Hälfte der Kinder leben mit ihren de jure allein erziehenden Müttern oder Vätern zusammen. Wie in der zweiten Veranstaltung des Workshops diskutiert, wird die Problematik der begrifflichen Fassung der Alleinerziehenden in unterschiedlichen Publikationen der letzten Zeit beschrieben. Demnach gibt es nicht *die* Gruppe der Alleinerziehenden. Vielmehr ist von unterschiedlichen Lebensentwürfen – allein mit dem/den Kind/ern lebende Mütter und Väter ohne jegliche Kontakte zum anderen Elternteil, in eheähnlichen Gemeinschaften lebende Paare mit Kindern, die unter Umständen aus verschiedenen vorherigen Beziehungen stammen können, nicht zusammenlebende Paare mit gemeinsamen Kindern, usw. – auszugehen, die sich hinter dem Begriff der Alleinerziehenden verbergen⁴². Damit wird deutlich, dass diesem Personenkreis besondere Beachtung in der Diskussion, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die traditionellen sozialen Sicherungssysteme auf der Basis von gesamten Familiensystemen (Mutter, Vater, Kinder) basieren, zukommen muss. In diesem Zusammenhang wird die Gefahr von steigender Armut durch Veränderung der sozialen Sicherungssysteme drastischer.

Neben den Alleinerziehenden steigt die Anzahl der Ehepaare, die ohne Kinder leben. Unbeleuchtet bleibt hier, ob dies bewusst oder unbewusst passiert. Eindeutig

ist, dass diese Veränderung unsere Gesellschaft nachhaltig im demographischen Aufbau, verbunden mit drastischen kulturellen Auswirkungen verändern wird. Angesprochen wurde auch die hohe Scheidungsrate, ohne dafür Gründe anzuführen, die ja sehr vielfältig gelagert sein können. Zum Problem wird diese Rate auch besonders vor dem Hintergrund der oben bereits benannten sozialen Sicherungssysteme.

1.4.2.1.2 Kompetenzen in der Haushaltsführung, in der Beziehungsarbeit, in Erziehungsfragen etc. werden von Familien nicht mehr in dem Maße erworben, in dem es für eine günstige Sozialisation von Kindern und Jugendlichen notwendig wäre

Wie im ersten Punkt kann – und muss – auch hier der Bezug zu Armut hergestellt werden. Bezieht sich Armut im ersten Punkt noch eher auf die materielle Armut vor dem Hintergrund der sich wandelnden sozialen Sicherungssysteme, so haben wir es hier zusätzlich mit Armut an Kompetenzen zu tun. Dieses Problem fällt insbesondere freien Trägern der Familien- und Schuldnerberatung auf. Benannt wurde der Rückgang an Beziehungs- und Erziehungs Kompetenzen, d.h. es wird ein problematischerer Umgang zwischen Erwachsenen und zwischen Erwachsenen und ihren Kindern verzeichnet. Gründe, wie mangelnde Bildung, unterbrochene Linien in der traditionellen Vermittlung von Kompetenzen in der Familie durch den Wandel usw. können sicher viele angegeben werden, wurden aber im Workshop nicht weiter beleuchtet. Zu bemerken bleibt auf jeden Fall, dass das, was Eltern in ihrem Leben bezüglich der angesprochenen Kompetenzen nicht lernten, diese auch ihren Kindern nicht mit in deren Leben geben können. Angesprochen wurden auch wirtschaftliche Bewältigungskompetenzen, die einerseits den Umgang mit Geld und Gütern zum Problem werden lassen und andererseits, und da sind wir wieder beim Ausgangspunkt, Menschen in die Armut und Verschuldung treibt.

Die langen Wartezeiten in der Schuldnerberatung⁴³ sind nur ein Indiz für die sich verschlechternde Situation. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, dass Schulden ein Problem darstellen, welches sich durch alle Schichten der Bevölkerung zieht und keineswegs lediglich an unteren Schichten festgemacht werden kann. So lag 1993 bei den Haushalten mit Konsumschulden der Anteil der Arbeitslosen lediglich bei 20,7 %, die Höhe der durchschnittlichen Restschuld dieser Haushalte ca.

42 Vgl. dazu: Dagmar Brand, Veronika Hammer, Balanceakt Alleinerziehend. Lebenslagen, Lebensformen, Erwerbsarbeit; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, S.38-39

43 Die problematische personelle Situation wurde bereits in einer 1997 veröffentlichten Untersuchung bemängelt. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Bundesländern, Stuttgart, Berlin, Köln 1997, S. 377

2.500,00 DM unter der der Arbeiter, Angestellten und Freiberufler. Sozialhilfeempfänger/innen wurden dabei unter der Gruppe der Nichterwerbstätigen subsumiert, zu der auch Rentner/innen und Studierende gezählt wurden. Diese hatte insgesamt einen Anteil von 8,4 %(!).⁴⁴ Schulden können auch immer wieder dazu führen, das Menschen dieses Problem aus Scham vor sich herschieben. Erst wenn das Problem Dimensionen angenommen hat, dass es nicht mehr zu verdrängen ist, werden Beratungsstellen aufgesucht. Damit den Betroffenen möglichst frühzeitig geholfen werden kann, bzw. rechtzeitig das Problem von Überschuldung erkannt werden kann, sind die Schwellen für den Zugang zu Beratungsstellen möglichst niedrig zu halten. Dies könnte z.B. durch die Integration der Schuldnerberatungsstellen in anderen Einrichtungen, etwa Gemeinwesenzentren o.ä. erreicht werden. Diese Zentren sind ebenfalls im Workshop „Soziale Infrastruktur und Hilfesystementwicklung für eine sozial gerechte Stadtentwicklung in Erfurt“ diskutiert worden. Als Perspektive wurde hier eine Öffnung der Kindertageseinrichtungen als Familienzentren angeführt.

1.4.2.1.3 Die Angebote der Betreuung sind vor allem für das Kleinkindalter (1. – 2. Lebensjahr) nicht bedarfsgerecht

Vor dem Hintergrund, dass Anforderungen im Berufs- und Erwerbsleben mit seiner erwarteten zeitlichen und räumlichen Flexibilität und den Anforderungen an lebenslanges Lernen im Gegensatz zu familiären Interessen stehen, wurde insbesondere der Punkt der Kleinkindbetreuung kontrovers diskutiert. Deutlich wurden innerhalb dieser Debatte Unterschiede in den Sichtweisen von in Ost- bzw. Westdeutschland sozialisierten Personen. Einerseits wurden Eltern mit ihren Kindern bis Ende des 3. Lebensjahres nur geringer Bedarf an Betreuungsplätze zugestanden, andererseits wurde ein Ausbau des Angebots in diesem Bereich gefordert. Mehrheitlich wurde herausgestellt, dass Betreuungsangebote für Kinder bis 2 Jahren in Erfurt nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen und damit eingeschränkte berufliche Perspektiven insbesondere für allein erziehende Mütter und Väter einhergehen. Daneben wurden die Verluste für die emanzipatorischen Entwicklungen ostdeutscher Frauen thematisiert, die sich in einer weitergehenden ökonomischen Unabhängigkeit verdeutlicht hätten, als die für Frauen in den westlichen Bundesländern möglich gewesen wäre. Deutschland nimmt in Europa mit einer Versorgungsquote von an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren mit gerade mal 10 % (Frank-

⁴⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Bundesländern, Stuttgart, Berlin, Köln 1997, S. 202

reich 29 %, Schweden 48 %) eine hintere Position ein.⁴⁵ Erfurt, so ist zu vermuten, wird wie andere Kommunen in den neuen Bundesländern zwar immer noch besser dastehen als die Bundesrepublik insgesamt, das aber mehr in diesem Bereich zu tun bleibt wird in dem bereits zitierten TLZ-Artikel deutlich.

1.4.2.1.4 Für die Teilzeitunterbringung oder eine stundenweise Unterbringung in Kindertagesstätten besteht nicht genug Flexibilität in den Angeboten und in den Gebührenberechnungen

Eine weitere Problematik in diesem Zusammenhang stellten nach Ansicht von Beteiligten der Diskussion die noch nicht ausgereiften Angebote in der Differenzbetreuungszeit dar. Zum einen ist es nur eingeschränkt möglich, sein Kind einmal für nur eine bestimmte Tageszeit zur Betreuung in die Einrichtung zu bringen, da dem Grundsätze und Entgeltregelungen der Einrichtungen entgegenstehen. Vor allem Frauen, die innerhalb der Familienbetreuungszeiten eine vom Arbeitgeber angebotene teilzeitliche Qualifizierungsmaßnahme besuchen wollen sind von dieser Problematik betroffen. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage offen, ob wirklich Kindertagesstätten diesem Bedarf gerecht werden können oder ob dies eine Betreuung außerhalb der Richtlinien der Kindertagesstätten bezogen auf andere Einrichtungen werden sollte. In diesem Zusammenhang fiel wieder das Stichwort Familienzentren. Doch diese können bisher keine Genehmigung als Betreuungseinrichtung erwerben. Andererseits stellte auch die tageweise Betreuung eine Hürde dar. Die Gründe lagen ähnlich der erstgenannten Problematik. Hinzu kam, dass Menschen, die in Erfurt arbeiten, ihre Kinder aufgrund des Wohnortprinzips nicht gefördert in Erfurter Einrichtungen unterbringen können. In diesem Zusammenhang wurde über mögliche Bedarfe an betrieblich organisierten Kindertagesstätten diskutiert, z.B. als Angebot für Bedienstete der Stadt. Dies würde natürlich nur in Zusammenhang mit größeren Unternehmen oder Unternehmenszusammenschlüssen funktionieren und hätte möglicherweise – bei teilweiser Kostenübernahme durch die Wirtschaft – positive Auswirkungen auf den Stadthaushalt.

1.4.2.1.5 Mangelnde Ausbildungsperspektiven für junge Menschen und das Wohnumfeld stellen Gründe für Wegzug dar

Unter diese Überschrift reihen sich vielschichtige Problemaufrisse. Diese sind wie die Überschrift bereits vermuten lässt, inhaltlich sehr unterschiedlich und in den Workshops immer mal wieder angeklungen, doch kaum tiefergehend diskutiert wor-

45 Mechthild Veil, Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland, in: Aus Politik

den. Sie sollen hier erwähnt werden, haben sie doch insbesondere Einfluss auf den Lösungsansatz "Kinder- und Familienfreundlichkeit lässt sich insbesondere an freiwilligen, nicht gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben messen". Ein Punkt in diesem Zusammenhang, der insgesamt besonders in der zweiten Veranstaltung des Workshops eher lösungsorientiert diskutiert wurde, betraf den Wegzug von jungen Menschen aufgrund ungenügender Ausbildungsperspektiven. Weiter wurde das hohe Maß an Leerstand von Wohnungen als ein Mangel an Wohn- und Lebensqualität benannt, denn die sich abzeichnenden Folgen sind Verfall und soziale Vereinsamung der Zurückgebliebenen. Diesem Problem wird derzeit bereits mit Rückbau entgegnet. Wichtig bleibt an dieser Stelle allerdings das Maß, um nicht für die Zukunft aufgrund möglicherweise entstehenden Mangels an Wohnraum Mietpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Und hier stellt sich schon die Verbindung zu nächsten Problemanzeige, die sich mit abgehobenen Sanierungen befasste. In der Diskussion wurde festgestellt, dass diese Art Sanierungen von Wohngebieten nicht in ausreichendem Umfang die finanziellen Ressourcen und Wünsche der Bewohner berücksichtigen. Die Folge ist Wegzug – besonders derer, die mit weniger finanziellen Ressourcen leben müssen – möglicherweise in Wohngebiete, die dann zu Brennpunkten aufgrund einer hohen Konzentration von sozial bzw. finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen werden. Als ein letzter Punkt in dieser Zusammenfassung von Problemanzeigen soll hier benannt werden, dass nicht in allen Stadtgebieten in ausreichendem Maße Grünflächen vorhanden sind und es teils an öffentlichen Treffmöglichkeiten mangelt. Öffentliche Treffmöglichkeiten sind gerade für junge Menschen von zentraler Bedeutung. Grünflächen, wie kleine Anlagen, Parks, Straßenbepflanzungen etc. würden das Stadtbild Erfurts freundlicher gestalten.

1.4.2.2 Bearbeitungs- und Lösungsansätze

Die aus den vorliegenden Transkripten herauszuarbeitenden Lösungsansätze lassen sich ebenso wie die Problemaufrisse nur schwer klar voneinander abgrenzen. Sie greifen vielmehr stark ineinander. Die hier vorgenommene Trennung ist daher eher als eine analytische zu begreifen. Sie grenzt insbesondere Bereiche des SGB VIII voneinander ab, denn in der Diskussion wurde sehr schnell deutlich in welcher Form sich eine Stadt am besten als kinder- und familienfreundlich darstellen kann. Gemeint sind die freiwilligen Leistungen, natürlich auch über den Rahmen des

SGB VIII hinaus, die explizit Unterschiede zu anderen Städten hervorheben können. Die Lösungsansätze lassen sich begrifflich fassen als:

- Kinder- und Familienfreundlichkeit lässt sich insbesondere an freiwilligen, nicht gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben messen,
- die Pflichtleistungen sind qualitativ unter Berücksichtigung sozialpädagogischer Standards zu verbessern,
- niederschwellige Angebote zur Stärkung von Familien- und Erziehungskompetenzen ausbauen.

Bei der inhaltlichen Untersetzung dieser Punkte werden die Überschneidungen deutlich.

1.4.2.2.1 Kinder- und Familienfreundlichkeit lässt sich insbesondere an freiwilligen, nicht gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben messen

Die Vorteile des (Wirtschafts)Standortes Erfurt müssen deutlich heraus gearbeitet werden. Diese liegen vor allem im Bereich von freiwilligen Angeboten und Leistungen, da die Pflichtaufgaben lediglich qualitativ mit denen in anderen Städten vergleichbar sind. Strategien der Veröffentlichung dieser Vorteile sind unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen noch zu entwickeln bzw. weiter zu entwickeln. Familienbildende Maßnahmen spielten in den Workshops ohne detailliertere Benennung immer wieder eine Rolle. Hierzu zählen bspw. Angebote zur Stärkung der elterlichen Handlungs-, Erziehungs- und Beziehungskompetenzen oder der Familienpass als einkommensunabhängiges Angebot zur Nutzung von kommunalen Einrichtungen mit der Familie zu besonderen Konditionen. Die Angebote sollen frühzeitig einsetzen. Weitere Maßnahmen sind im Ausbau von vielfältigen Freizeit- und Erholungsangeboten, etwa öffentlichen Begegnungsräumen wie der ega oder dem Erfurter Zoo zu sehen. Zum Wohlfühlen in der Stadt gehört unbedingt auch kindgerecht gestalteter, z.B. begrünter oder beispielbarer, Verkehrsraum und Grünflächen als Möglichkeit öffentlicher Begegnung. Für Alisch⁴⁶ sind dies bedeutende Strukturmerkmale einer sozialen Stadtentwicklung, die uneingeschränkt vorgehalten werden müssen. Hoher Leerstand muss minimiert werden und Mietpreise, wie Wohnungszuschnitte eine breite Schicht von Familien ansprechen. Ebenso spielen ein ausgebauten Fahrradwegenetz wie der Öffentliche Personennahverkehr⁴⁷ eine elementare Bedeutung. Angesprochen wurde auch das Stichwort „Bündnisse für Familien auf verschiedenen Ebenen zu initiieren“. Formal könnten sich die voran genannten Merk-

⁴⁶ Alisch, Monika: Soziale Stadtentwicklung, Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen; Opladen 2002, S. 90

⁴⁷ Einschränkung: Einschränkender Weise muss hier gesagt werden, dass der ÖPNV im Workshop nicht diskutiert wurde.

male hierunter fügen, doch sollte dieser Begriff erst einmal weiter diskutiert werden um ihn inhaltlich zu füllen, denn derzeit scheint die angesprochene Bevölkerungsgruppe nicht über Inhalte informiert zu sein.

Familienbildende Maßnahmen bedeutet ganz klar Familien und ihre Angehörigen im Einzelnen ernst zu nehmen. Dazu bilden weitreichende Partizipationsmöglichkeiten für das öffentliche Leben und in der Stadtentwicklung eine Grundlage. Damit werden den Bürgern im Bereich des jeweiligen Stadtteils, entgegen der allgemeinen, auf Stimmabgabe reduzierten Form der gesellschaftlichen Beteiligung, weitreichende und nach Artikel 20, Absatz 2 Grundgesetz⁴⁸ verankerte Mitbestimmungsrechte eingeräumt⁴⁹. Partizipation stellt das Produkt aus Teilnahmegewährung und Teilnahme dar und bildet nach Lüttringhaus den wesentlichen Standard einer Demokratie. Diese Mitbestimmungsrechte zu gewähren und die Teilnahme zu organisieren sind, wie im Workshop diskutiert, Aufgaben der Stadt, die ein positives Kriterium für Kinder- und Familienfreundlichkeit darstellen. Partizipation fördert darüber hinaus das Vertrauen in Politik, das derzeit als eher rückläufig eingeschätzt werden kann, wie auch Kompetenzen von Bevölkerungsteilen, die durch Sozialabbau und gesellschaftlicher Polarisierung marginalisiert werden⁵⁰. Zur Umsetzung sollten Kinder- und Familienservicebüros eingerichtet werden oder, wie in verschiedenen Workshops immer wieder benannt, (selbstverwaltete) Stadtteilzentren auf- und ausgebaut werden⁵¹. Doch auch Selbstorganisation benötigt Unterstützung. Hierzu muss Arbeitszeit für einen begleiteten Prozess finanziert werden.⁵² Die Partizipation von Familien und besonders deren Kindern wird den Blickwinkel für Entscheidungen mehr aus der Sichtweise(-höhe) der Kinder betonen und somit neue Perspektiven eröffnen. Grundlegend sollten Kinder- und Familienverträglichkeitsprüfungen oder -standards eingeführt werden. Dies scheint allerdings leichter gesagt als getan. Nach Hater⁵³ ist eine Sozialverträglichkeitsprüfung bspw. für Genehmigungsverfahren bzw. für Verfahren mit einer eindeutigen Zuschreibung von Verantwortlichkeiten angemessen. Dagegen ist diese Prüfung bei einem Verfahren mit vielen Einzelentscheidungen, deren Verantwortungsbereiche schlecht zuzuschreiben sind oder bei Maßnahmen,

48 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

49 Maria Lüttringhaus, Stadtentwicklung und Partizipation, Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt; Bonn 2000, S. 19 ff.

50 Maria Lüttringhaus, a.a.O., S. 128 f.

51 Dazu können auch Kindertagesstätten, wie auch im Workshop „Soziale Infrastruktur“ diskutiert, aufgewertet werden.

52 Diese Aussage basiert vor dem Hintergrund, dass Tätigkeitsbeschreibungen und damit verbundene Finanzierungen allzu oft eine derartig wichtige aber abweichende Tätigkeit nicht zulassen und die Träger mit den gesetzlichen Bestimmungen der Fördermittelstellen kollidieren.

bei denen verschiedene Träger auf ein gemeinsames, für allen Beteiligten profitables Ziel, ausgerichtet werden sollen, unangebracht.

Eine gewichtige Rolle, im Besondern in der zweiten Veranstaltung dieses Workshops diskutiert, kommt den Bildungs- und Ausbildungsperspektiven für Kinder und Jugendlichen zu. Vielfältige Bildungskonzepte, Schulformen und Ausbildungsvarianten in Verbindung mit einem Schulsozialarbeitssystem werden eine Marke mit Einfluss auf Abwanderungstendenzen der jungen Menschen darstellen. Natürlich müsste infolge auch über Beschäftigungsperspektiven gesprochen werden, die im Workshop „Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt“ diskutiert wurden.

1.4.2.2.2 Die Pflichtleistungen sind qualitativ unter Berücksichtigung sozialpädagogischer Standards zu verbessern

Wie Eingangs bereits beschrieben hat Erfurt einen guten Standard in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und in der Betreuung erreicht. Dieser Stand sollte sukzessive stabilisiert, ausgebaut und qualitativ verbessert werden. Die aktuelle Bedarfsermittlung erhält in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Dazu sind Standards der Sozialen Arbeit zu berücksichtigen. Genannt wurden im Workshop verschiedene Aspekte einer qualitativen Verbesserung dieser Angebote. So könnten über den Ausbau verbindlicher Kooperationsbeziehungen zwischen Trägern und Kommune die Koordinierung von Angeboten verbessert werden. Diese Kooperationsbeziehungen stellen eine Grundlage für ein weitreichendes Netzwerk sozialer Leistungen dar. Diese Überlegung findet sich auch in Argumentationen aus anderen Workshops, insbesondere zum Thema „soziale Infrastruktur“ wieder und soll an dieser Stelle nicht weiter beleuchtet werden. Die Qualifizierung von Mitarbeiter(inne)n, die mit neuen Aufgabenfeldern oder neuen Bereichen beauftragt oder auch konfrontiert werden, sollte eine erhebliche Rolle in diesen Umstrukturierungen einnehmen. Weiterhin ist die Beachtung des Gender-Mainstreaming-Prinzips wichtig. Mit diesem Prinzip geschieht eine Gleichstellung von Mann und Frau unter Berücksichtigung je unterschiedlicher Bedürfnisse und Kompetenzen⁵⁴. Dabei entfallen Sondermaßnahmen, die bspw. Frauen in der heutigen Gesellschaft durch gesonderte Projekte zu besonderen Wesen zu stilisieren und sie somit wiederum auszugrenzen. Es geht um die Implementierung des Gleichheitsprinzips sowohl auf der Ebene der Mitar-

53 Katrin Hater, Sozialverträglichkeitsprüfung – Erfolgsbedingungen und Grenzen, in Alisch, Monika (Hrsg.): Sozial – Gesund – Nachhaltig, Opladen 2001, S.201-228 (hier S. 201 ff.)

beiter/innen als auch der Ebene von Programmen, Konzepten etc. Dieses Prinzip ist von „oben“ durchzusetzen, denn die Chefetagen sind in der Lage diese Freiräume zu bilden⁵⁵. Darüber hinaus wurden zentrale Controlling-Standards angeregt.

Am häufigsten wurde im Workshop über Kindertagesstätten und die damit verbundene Art der Betreuungsangebote diskutiert. Die Kindertagesstätten sollten zunächst ihr Angebotsprofil flexibilisieren. Gemeint war damit die Forderung, Möglichkeiten zu entwickeln, wie Kinder auch zu bisher unüblichen Zeiten und Rhythmen betreut werden könnten. Ist dies nicht im Rahmen der Kindertagesstätten zu erbringen, muss über Angebotsstrukturen über Kindertagesstätten hinaus nachgedacht werden. Im Gespräch waren Familienzentren. Ebenso ist das Angebot speziell für Kleinkinder bedarfsgerechter auszubauen. Als positive Seite dieser Einrichtungen sollte eindeutig die Kontaktmöglichkeit für Kinder dieser Altersgruppe angesehen werden, die zumindest als Einzelkinder zu Hause häufig ohne diese sozialen Kontakte leben würden. Dazu ist festzustellen, dass im Mai 2000 in ca. 55 % der Privathaushalte mit Kindern nur ein Kind unter 18 Jahren lebte.⁵⁶ Fast einhellig wurde, wie auch im Workshop zur sozialen Infrastruktur, die Meinung vertreten, die Rolle der Kindertagesstätten aufzuwerten. Ihnen sollen multifunktionale Funktionen im Gemeinwesen zugeschrieben werden. So können sie zukünftig als Stadtteilzentren – als bereits vorhandener Anlaufpunkt im Stadtteil oder Wohnquartier – generationenübergreifend arbeiten und Angebote vorhalten, die multikulturelle und stadtteilorientierte Projekte initiieren oder begleiten bzw. solchen Angeboten einen Ort geben, an dem sie realisiert werden können. Ganz wichtig bleibt an dieser Stelle der Verweis, dass für diese Aufgaben eine umfassende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen einhergehen muss, wie auch im Workshop „Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Beschäftigungsförderung als Basis für eine sozial ausgeglichene Entwicklung der Stadt“ erörtert wurde. Einen Übergang zu anderen Hilfen bringt das Stichwort Elternkontakte. Diese wurden in Bezug auf Familien in problematischen Lebenssituationen als mangelhaft und verbesserungswürdig beschrieben. Ein engerer Kontakt könnte über Hausbesuche in Verbindung mit Kindertagesstätten oder Schulen erreicht werden. Voraussetzung ist die entsprechend zur Ver-

54 BMFSJ: Gender Mainstreaming in der Kinder und Jugendhilfe; Diskussionspapier des BMFSJ in: FORUM Jugendhilfe 1/2002

55 Bergmann, Nadja; Pimminger, Irene: GeM, Toolbox Gender Mainstreaming, Leitfaden zur Verankerung von GM in Institutionen; GeM Koordinierungsstelle GM im ESF – www.gem.or.at; L&R Sozialforschung, Wien 2001

56 Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Thüringen, Erfurt 2001, S. 59. Dabei ist aus diesen Daten nicht zu erkennen, inwieweit es sich um Geschwisterkinder handelt, deren älteren Brüder und Schwestern bereits ausgezogen sind. Ebenfalls lässt sich aus den Daten keine regionale Verteilung (Stadt-Land) entnehmen, die aber für eine Einschätzung dieser Zahlen notwendig wäre.

fügung stehende Arbeitszeit. Doch auch hier bieten möglicherweise die oben angesprochenen Familienzentren für einen Teil des Problemkreises eine Alternative, da diese für Mitarbeiter/innen beim Besuch des Familienzentrums erreichbar werden.

1.4.2.2.3 *Niederschwellige Angebote zur Stärkung von Familien- und Erziehungskompetenzen*

Mit niederschwelligen Angeboten sind solche gemeint, die nicht sofort als Bildungsangebote mit inhaltlichem Anspruch erkennbar sind. Dieses Angebot sei explizit genannt, da es sich an Bevölkerungsteile richtet, die zahlenmäßig zunehmende Tendenzen⁵⁷ zeigen und insbesondere im städtischen Raum durch Belastungen nicht nur in finanzieller Hinsicht gekennzeichnet sind. Will sich also Stadt sozialen Merkmalen verbinden und sich damit Kinder- und Familienfreundlich definieren, muss auf diesen Bevölkerungsteilen ein besonderer Augenmerk liegen. Nach Erfahrungen von einzelnen Trägern werden solche Angebote sehr viel stärker auch von Familien angenommen, die eben gerade die Zielgruppe auf Grund ihrer Situation und der eingeschränkten Ressourcen in unterschiedlichen Bereichen des Lebens sind. Solche Angebote können z.B. einfach offene Nachmittage/Abende sein, in denen dann aber Informationen zu Themen wie Haushaltsführung, Schulden, Beziehungsarbeit oder Kindererziehung vermittelt werden, ohne dies gleich als Kursangebot zu deklarieren. Die Mitarbeiterinnen sollten qualifiziert sein, Problemlagen aus Gesprächen heraus zu hören und Hilfeangebote in Form von Beratung zu unterbreiten und/oder nötigenfalls vermittelnd aufzutreten.

1.5 **Sozialstruktur und soziale Infrastruktur**

Die Beteiligten an diesem Workshop diskutierten in der ersten Veranstaltung vor allem mögliche Ergebnisse und die damit verbundenen Ziele, wie z.B. zu verändernden Strukturen. In der zweiten Veranstaltung konzentrierte sich die Debatte eher auf die Diskussion der Leitzielentwürfe. Problematisch erschien beim durcharbeiten der Transkripte, aber auch bereits in den Veranstaltungen des Workshop selbst, ob denn alle Beteiligten dasselbe meinen, wenn sie von Netzwerken sprechen. Es entstand der Eindruck, dass zum Teil von Netzwerken gesprochen wurde, dabei aber die Strukturen von Trägern intern oder die Angebotsstruktur in Stadtteilen gemeint waren. Netzwerke sollten sich aber insbesondere durch kommunikative und synergetische Verbindungen zwischen verschiedenen Akteuren insgesamt, vor

allem aber auch über einzelne Fachdienstebenen hinaus auszeichnen.⁵⁸ Als Beispiele für Erfurt sind in diesem Zusammenhang der Runde Tisch "barrierefreies Erfurt" oder der Runde Tisch im Programm "Soziale Stadt" zu nennen. Diese Begriffsbestimmung sollte unbedingt geleistet werden.

1.5.1 Leitziele

- Die Stadt wird vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen und dem damit verbundenen Wandel in der Gesellschaft ihre Hilfesysteme anpassen. Dazu werden vorhandene Netzwerke und Strukturen genutzt und gefördert. Aufgrund ihrer überblickenden Betrachtungs- und Analysemöglichkeit übernimmt die Stadt die Strukturierung und Entwicklung neuer Netzwerke in engem Kontakt zu Trägern. Die vorhandene Vielfalt an Trägern und Angeboten soll erhalten bleiben. Die Partizipation der Bürger Erfurts nimmt als Ressource in diesem Prozess einen hohen Stellenwert ein.
- Auf der Basis, den Stadtteil als Lebensraum zu begreifen wird die Stadt ihr Hilfesystem sozialraumorientiert entwickeln, ohne spezielle Zielgruppen aus dem Blick zu verlieren. Dabei soll auch auf die in den Sozialräumen existierende Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner zurückgegriffen und diese aktiviert werden. Besondere Bedeutung wird dabei der fachdienstübergreifenden Anpassung der Sozialräume beigemessen. Wo dies als notwendig angesehen wird übernehmen Stadtteilmanagerinnen, Bürgerbeiräte oder andere demokratische Gremien oder Personen in selbstverwalteten Einwohnerzentren oder in Kindertagesstätten, deren Profil den sich verändernden Bedingungen anzupassen ist, Koordinations- und Integrationsaufgaben. Das Prinzip des Case-Managements stärkt die Eigenverantwortlichkeit von Hilfesuchenden und unterstützt das System der Hilfenetzwerke.
- Die Finanzierung der Hilfeangebote in den Stadtteilen wird zur Erhöhung der problem- und bedarfsbezogenen Lösungsmöglichkeiten budgetiert. Damit entsteht eine höhere Transparenz sowohl bezüglich des Hilfesystems als auch der anderen finanziellen Aufwendungen der Kommune für einen bestimmten Bereich (Stadtteil, Planungsraum o.ä.) unter stärkerer Förderung der Bürger- und Trägerbeteiligung. Gleichzeitig wird der präventive Ansatz der Hilfen ausgebaut.

57 Dangschat, J. S.: Armut und soziale Ausgrenzung zwischen Armutsforschung und der Analyse sozialer Ungleichheit, in: Dangschat, J. S.: Modernisierte Stadt, Gespaltene Gesellschaft, Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, Leske und Budrich, Opladen 1999 S.13-45 (hier S. 13)

Die Stadt achtet dabei auf eine Grundsicherung in den sozialen Angeboten. Der Gedanke der Evaluierung durch die Budgetierung wird in die Diskussion eingebracht.

1.5.2 Ausgangssituation, Problemaufrisse und Lösungsansätze

Wie in den anderen Workshops auch gab es in der ersten Veranstaltung Input-Referate zur Situation der Stadt zum Thema „Soziale Struktur, Infrastruktur und Hilfesystementwicklung“. Zusätzlich wurden kurze Statements durch Vertreter der Fachhochschule eingebracht, die mit provozierenden Ansätzen zur Diskussion anregen. **Hier sollten noch einige Zahlen und Daten eingebaut werden – Einführungsreferate** In der Debatte kamen Aspekte zur Sprache, die scheinbar nur schwer bestimmten Problemfeldern bzw. Lösungsansätzen zuzuordnen sind. So wurde argumentiert, dass einzelne Gruppen („Zielgruppen“) nicht per se Probleme haben sondern diese Probleme erst im Zusammenleben entstehen, weil die Gesellschaft nicht auf sie eingestellt ist.

1.5.2.1 Problembegriffe

Aus dem Material der Debatten konnten vier verschiedene und als zentral zu begreifende Probleme herausgearbeitet werden, die in diesem Abschnitt dargestellt und diskutiert werden sollen. Dazu werden sie zuerst zusammengefasst aufgeführt und anschließend eingehend betrachtet.

- Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die sozialen Strukturen
- Die Planungsräume der einzelnen Fachbereiche sind nicht immer deckungsgleich
- das Hilfesystem ist stark zielgruppenorientiert und nach Fachgebieten – also versäult – organisiert
- Planungsunsicherheit durch fehlende und/oder rückläufige Finanzbudgets der Träger

1.5.2.1.1 Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die sozialen Strukturen

Die Problemanzeige der demographischen Veränderung wurde auch in diesem Workshop, gleichwohl sie eigentlich nicht das zentrale Thema darstellte, immer wie-

der benannt. Sie stellen sicherlich erhebliche Anforderungen an das Umstrukturieren in den Hilfesystemen und der kommunalen Verwaltung dar. Die Diskussionen zu den demographischen Veränderungen an sich sollen aber an dieser Stelle nicht ausgebaut werden, da es für diesen Problemaufriss einen eigenen Workshop gab. Eine Frage, welche für diesen Workshop als relevant einzustufen ist heißt dagegen: Wie können bestehende Hilfesysteme und -strukturen an die demographische Entwicklung angepasst werden? Für diese Frage wichtig sind natürlich die empirischen Grundlagen, also die Zahlen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich Geburtenentwicklung, Migration⁵⁹ und Altersentwicklung⁶⁰ die eben veränderte Anforderungen an die Ausgestaltung dieser Hilfesysteme – die soziale Infrastruktur – stellen. Daraus ergeben sich wiederum zwei Fragen.

- Wie ist auf Anstieg der älteren Bevölkerungsgruppe – infolge steigender Lebenserwartung einerseits und die stagnierenden Geburtenzahlen andererseits – im Hilfesystem adäquat zu reagieren.
- Sind die Segregationsprozesse in der Stadt abgeschlossen oder nach wie vor im Gange?

Die Problematik „Segregationsprozesse“ wurde in der ersten Veranstaltung des Workshops konträr diskutiert. Deshalb sollte zu diesem Stichwort in der zweiten Veranstaltung weiter gearbeitet werden. Einerseits wurden die Segregationsprozesse in Erfurter Stadtteilen als weitgehend abgeschlossen beschrieben. Andererseits wurden Sie auch immer wieder als Problemanzeige benannt, insbesondere mit Blick in die Zukunft und bspw. im Zusammenhang mit der Frage, ob sich in sozial schwachen Gebieten eine sich verschärfende Abwärtsspirale erkennen lässt? Vor dem Hintergrund der Segregationsprozesse wachsen für die Stadt die Integrationsaufgaben, um soziale Ausgewogenheit in den Stadtteilen anzustreben. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Integrationsfähigkeit in der Bevölkerung abnimmt (Abgrenzung zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus). Als Folgen sind Marginalisierung und Ausgrenzung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu benennen. Ein Folgeproblem von Abwanderung und Segregationsprozessen erlebt die Stadt gerade aus einer ganz neuen Perspektive. Statt gestalterisch und aufbauend in die Zukunft blicken zu können, wird in einzelnen Stadtteilen umgebaut, um

in: Alisch, Monika(Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig, Opladen 2001, S. 117-129 (hier S. 119)

59 Migration meint in diesem Zusammenhang nicht ausschließlich grenzüberschreitende Migration als Zuwanderung sondern vielmehr alle Wanderungsbewegungen in die und aus der Stadt einerseits als auch innerstädtische Migration andererseits. Migration bedeutet letztlich die Bewegung von Individuen im sozialen Raum, verbunden mit einem Wechsel des Wohnsitzes.

der Bevölkerungsentwicklung – Rückgang durch Abwanderung und stagnierende Geburtenraten auf niedrigem Niveau – und dem damit verbundenen Leerstand in Mietwohnungen entgegen zu wirken – „Stadtumbau Ost“ als Rückbauprogramm.

In der stadtsoziologischen Debatte wird im Zusammenhang mit Migration⁶¹ – und damit ist ein Anknüpfungspunkt zum Workshop „Migration und Integration im kommunalen Bereich“ herzustellen – einerseits festgestellt, dass segregierte Gebiete nicht per se als negativ einzustufen seien, da solche Stadtgebiete andererseits als „Schutzzonen“⁶² für Zuwandernde dienen können, von denen aus in einer fremden Gesellschaft Fuß gefasst werden kann. Dieses Argument wurde auch im Workshop „Migration und Integration im kommunalen Bereich“ eingebracht. Dem gegenüber stehen die Argumente derer, die „vom „ghetto“ als Ort von Subkulturen“ sprechen, „deren Reproduktion im Viertel zu einer Behinderung der Integration auf gesamtstädtischer Ebene führt.“⁶³ Die Nachteile dieser Entwicklungen, mehrfache Benachteiligung der Bewohner/innen durch materielle Unterversorgung infolge des Ausschlusses vom Arbeitsmarkt und die in den segregierten Stadtgebieten deutlich schlechtere Infrastruktur (Versorgung, Verkehr, Bildung und Kultur) werden eingehend dargestellt.

Weiterhin ausschlaggebend für die Veränderungen der Sozialstruktur und die dadurch notwendige Veränderung der Hilfesysteme sind die Individualisierung in der Bevölkerung und die Veränderungen in den Familiensystemen.⁶⁴ Daraus ergibt sich unter anderem die Frage, wie die betroffene Menschen in Zukunft sozial abzusichern sind. Half noch vor 50 Jahren das System der Familie über soziale Engpässe des Lebens durch gegenseitige Hilfeleistungen hinweg, schrumpfen diese Hilfesysteme heute zunehmend vor dem Hintergrund der Vereinzelung und Individualisierung. Daraus leiten sich für ein Hilfesystem besondere Handlungsbedarfe ab, die natürlich in Zusammenhang mit weiteren Indikatoren, z.B. dem der wirtschaftlichen Lage bezüglich der materiellen Existenzsicherung verarmter Menschen zu sehen sind.

Damit ist ein nächstes Stichwort angesprochen, welches für die soziale Zukunft der Stadt eine Rolle spielen wird. Armut wird vor dem Hintergrund des Umbaus der So-

60 Diese drei Dimensionen bilden gemeinsam die demographische Entwicklung einer Gesellschaft ab.

61 Hier im Sinne einer grenzüberschreitenden Wanderung.

62 Jens S. Dangschat, Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 141-159 (hier S. 142)

63 Jens S. Dangschat, a.a.O.

zialsysteme und der sich verändernden wirtschaftlichen Situation die Stadt (wieder) zunehmend beschäftigen. Dies ist bereits im Workshop „Demographische Entwicklung und Schlussfolgerungen für die Sozial- und Gesundheitssysteme der Stadt“ angesprochen worden, wobei dort der Schwerpunkt auf eine neue Altersarmut bei Frauen gelegt wurde. Die Kommune wird mit den Aufgaben der materiellen Existenzsicherung der davon Betroffenen (wieder vermehrt) konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang ist es also nicht unerheblich, eine Definitionsgrundlage für das Stichwort „Armut“ festzulegen. Welche Armutsdefinition soll also verwendet werden?

1.5.2.1.2 Die Planungsräume der einzelnen Fachbereiche sind nicht immer deckungsgleich

Für eine zukunftsorientierte und soziale Stadtentwicklung und -planung ist es von elementarer Bedeutung, dass Planungsräume fachübergreifend gleich strukturiert sind. Gemeint ist damit, dass unterschiedliche Fachämter nicht mit differierenden Planungsraumgrößen arbeiten. Dieses Problem wurde von verschiedenen Seiten in den Veranstaltungen des Workshops benannt. Mangelnde Kongruenz in diesem Bereich erschweren einzelnen sozialen Diensten demnach die Arbeit hinsichtlich einer Effizienz in der Zusammenarbeit mit anderen, da scheinbar nur über längere Wege Kontakte herzustellen und Vermittlungen von Klienten mit spezifischen Problemlagen zu leisten sind. Mit deckungsgleichen Planungsräumen ließen sich effiziente Verbindungen fachübergreifend her- und vergleichbare Analysen erstellen.⁶⁵ Gleiche Planungsräume stellen sicher einen Schlüssel für die weitere Entwicklung des Hilfesystems dar. Als Problem wurde in diesem Zusammenhang die Größe der Stadt und damit verbunden die Unmöglichkeit, für jede Zielgruppe planungsraumbezogene Angebote zu schaffen benannt. Genauere Erläuterungen zu diesem Aspekt werden im Teil zu den Lösungsstrategien dargelegt. Die mangelnde Deckungsgleichheit der Planungsräume, verbunden mit der einer starken Versäulung des Hilfesystems macht es letztlich schwer, koordinierte und vernetzte Hilfeangebote zu schaffen.

1.5.2.1.3 Zielgruppenorientierung und Trennung nach Fachgebieten im Hilfesystem

Die bereits angesprochene Versäulung macht es immer schwieriger, bedarfsgerechte Hilfeleistungen für die häufig vorhandene Problemvielfalt der Klientel vorzu-

64 Vgl. Werner Georg, Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie, Opladen 1998, S. 29 ff.; auch Peter A. Berger, Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung, in: ders., Peter Sopp(Hrsg.), Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 65-83

halten oder zu koordinieren. Darüber hinaus wurden in den Veranstaltungen des Workshops die geringen fachdienstübergreifenden Verbindungen heraus gestellt. Zielgruppenorientiertheit entspricht nicht mehr den gegebenen Bedingungen des Lebensalltags und Erkenntnissen der Sozialwissenschaften. Vor dem Hintergrund des Lebenslagenansatzes⁶⁶ reicht es nicht mehr aus, eine Personengruppe über ihr gleich zu definierendes Problem zu beschreiben, vielmehr sind auch weitere Einflüsse aus dem Umfeld und Probleme zu berücksichtigen.

Andererseits muss beachtet werden, dass dieses Hilfesystem nach 1990 neu aufzubauen war, hinreichende Erfahrungen aber kaum vorlagen, da in der DDR zum einen ein Teil der Probleme so gar nicht existierten, zum anderem aber auch ein völlig anderes Verständnis und damit verbunden eine andere Umgangsweise mit Problemen vorgeherrscht hatte. Nun ist es an der Zeit, dieses System zu reformieren und den neuen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen.

1.5.2.1.4 Planungsunsicherheit durch fehlende und/oder rückläufige Finanzbudgets der Träger

Benannt wurde, dass die Träger, insbesondere durch finanzielle Einsparungen, verstärkt ihre Planungssicherheit verlieren.⁶⁷ Diese ist gerade in einem Prozess der Umstrukturierung von ausschlaggebender Bedeutung. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass die demographische Entwicklung – gemeint sind hier vor allem die rückläufigen Zahlen an Kindern und Jugendlichen in der Stadt – nicht linear auf die Förderung umgelegt werden darf, da sinkende Bevölkerungszahlen bei bereits ausgedünnten sozialen Netzen nicht gleichsam sinkende Fallzahlen in bestimmten Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit bedeuten würden.⁶⁸ Es bestehen wenig Zeit- und Personalressourcen, um sich adäquat auf Veränderungen vorzubereiten, geschweige denn, sie zu gestalten. Die Träger sind Willens, sich auf neue Strukturen einzulassen, wenn sie die Möglichkeit der Mitgestaltung erhalten. Ein spezielles Problem bilden in diesem Zusammenhang Modellprojekte, die zwar mit innovativen Ansätzen auftretende Probleme bearbeiten können, nach Auslaufen der Förderung aber oft abbrechen, da sich in der Kürze der Projektzeit noch keine

65 Auf die bereits vorliegenden Daten zu Stadtteilprofilen wurde bereits hingewiesen.

66 Gerhard Weisser: Wirtschaft in: Werner Ziegenfuss (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 970-1101 (hier S. 986)

67 Das mindestens im Bereich des Jugendförderplanes mit seiner nunmehr dreijährigen Laufzeit für die Einrichtungen und Träger in Erfurt Abhilfe geschaffen wurde soll hier nicht unerwähnt bleiben.

68 Dazu können unter anderem die Schuldnerberatungsstellen gezählt werden. Der Rückgang der Bevölkerung steht nicht im Zusammen mit der Entwicklung der Zahlen ver- und überschuldeter Haushalte sondern vielmehr steht deren Entwicklung im Zusammenhang mit steigender Arbeitslosigkeit. Gleiches trifft auf den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu, da Arbeits- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit zu sich verstärkenden Problemen in Familien führt.

Tragfähigen Strukturen herausbilden konnten, die eine Weiterführung über Regelfinanzierungen ermöglichen.

1.5.2.2 *Lösungsansätze*

Die im Material zu findenden Lösungsansätze sind begrifflich nicht unbedingt deckungsgleich mit den Problemaufrissen. So wurde hier nicht das Fehlen von Netzwerken oder Vernetzungsstrukturen beklagt sondern vielmehr der qualitative Ausbau und die Verstetigung von bestehenden Netzwerken als Möglichkeit zur Lösung von in diesem Workshop diskutierten Problemen gesehen. Eine Planungsraumorientierte Hilfestruktur als Möglichkeit steht dem Problem der Versäulung des Hilfesystems als Lösungsmöglichkeit gegenüber. Für die als Problem benannte mangelnde Planungssicherheit findet sich in den Lösungsansätzen keine Entsprechung.

1.5.2.2.1 Netzwerke sind vor dem Hintergrund vorhandener Entwicklungen und Problemlagen weiter zu entwickeln

Ganz klar wurde darauf verwiesen, dass das Rad nicht noch einmal neu erfunden werden müsse. Die bereits vorhandenen Netzwerke und Strukturen sollen vor dem Hintergrund demographischer und gesellschaftlicher Entwicklungen gefördert, genutzt und vor allem weiterentwickelt werden. Durch die Möglichkeit des Gesamtüberblicks und der -analyse sollte es der Stadt vorbehalten bleiben, eventuell notwendige weitere Netzwerke zu initiieren. Dazu wurde auch ein „Stadtbeobachtungssystem“ in die Debatte eingebracht, mit dessen Hilfe Entwicklungen zeitnaher nachvollzogen werden könnten, wobei der Datenschutz als Problem der Handhabbarkeit solcher Systeme in den Raum gestellt wurde. Andererseits gibt es Kommunen, etwa Köln, in denen Beobachtungssysteme geschaffen wurden, die monatlich darstellbar bis auf Straßenzüge herunter zu berechnende Daten verarbeiten. Es stellt sich vielleicht eher die Frage nach der Nutzung und den Datenzugängen.

Grundlage könnte ein Datenbanksystem mit einheitlichen Abfragestandards darstellen. Problematisch bleibt die Frage der Trägertransparenz, die in diesem Zusammenhang ihre arbeitsbezogenen Daten gegenüber Fördermittelstellen preisgeben. Eine Beteiligung der Träger könnte über Gremien erfolgen. Eine grundsätzliche Umstrukturierung muss langfristig erfolgen. Um der Konkurrenzproblematik unter den Trägern entgegen zu wirken, könnten Trägerverbünde auf Grundlage von Kooperationsvereinbarungen entstehen. Solche Trägerverbünde wären z.B. in der Lage, Klienten durch Vermittlung untereinander kosteneffektiver zu betreuen und eine Doppelbetreuung auszuschließen. Unterstützung könnten solche Netzwerke bspw.

durch gemeinsame Nutzung von Datenbankprogrammen, wie sie im Workshop vorgestellt wurden, finden, die zum sozialräumlichen Auffinden von Angeboten Sozialer Dienste geeignet sind. Ein Problem stellt in diesem Zusammenhang die Transparenz von Daten dar. Einerseits würde sie einen schnellen Datenzugriff ermöglichen, andererseits wirkt sie dem derzeit existierenden Konkurrenzsystem der Träger entgegen.

1.5.2.2.2 Sozialraumorientierung bei der Planung

Das Thema Sozialraumorientierung wurde in den beiden Veranstaltungen des Workshops einerseits mehrfach als zukunftsfähiger Lösungsansatz aufgenommen, andererseits auch kontrovers diskutiert. Die Kontroverse ging dabei vor allem um die Größe der Stadt und den damit in Frage zu stellenden Sinn einer sozialraumorientierten Planung. Dabei kommt es aber, und dies wurde in den Debatten deutlich, darauf an, über welche Zielgruppen gesprochen wird. Es kann also nicht darum gehen, dogmatisch einer Sozialraumorientierung das Wort zu reden als vielmehr eine differenzierte Betrachtung nach Zielgruppengröße und regionaler Problemverteilung, also einer Koppelung unterschiedlicher Indikatoren. Erste Erfahrungen mit sozialraumorientierter Herangehensweise liegen aus den Programmen URBAN und „Soziale Stadt“ für Erfurt vor. Aber auch Diskussionen in anderen Kommunen (Essen, etc.) deuten in diese Richtung und wurden thematisiert. Diese Einteilung vorzunehmen macht Sinn, wenn die Stadtteile als Lebensräume und als direktes Umfeld der Bewohner betrachtet werden, in denen die Probleme entstehen, aber eben auch dort zu bearbeiten wären. Es geht darum, nicht mehr den je als spezifisch betrachteten Gruppen (z.B. Ältere/Alte, Jugendliche oder allein Erziehende) Angebote zu machen, sondern Stadtteile oder Quartiere als die Handlungsebene einer vernetzten Politik zu nehmen.⁶⁹

Andererseits könnten diese Stadtteile auch die übereinstimmenden Planungsräume der verschiedenen Hilfesysteme darstellen. Neu hinzugekommen ist der Aspekt, die Kindertagesstätten (oder Schulen) in diesem Zusammenhang aufzuwerten. Diese könnten eine Art multifunktionale Stadtteilzentren darstellen, denn durch die originäre Aufgabe der Kinderbetreuung sind diese Einrichtungen bereits Anlaufstellen für verschiedenste Personen und Generationen (Eltern, Großeltern) aus dem Stadtgebiet und z.T. darüber hinaus. Dazu ist es natürlich von Bedeutung, den Ausbil-

69 Jens S. Dangschat, Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (Hrsg.), a.a.O., Opladen 2000, S. 141-159 (hier S. 155)

dungshintergrund der Leiter/innen und Mitarbeiter/innen als potentielle Ansprechpartner/innen aufzuwerten oder/und Quartiermanager/innen einzusetzen, die über ihre Multiplikator/innenfunktion die Integration im und die Identifikation mit dem Stadtteil fördern. Dies bedarf aber einer Kontinuität, denn, wie Keim es beschreibt, „das beginnende Handeln bedarf ständig der Zuwendung, des Bestärkens, weil sonst lose soziale Netze rasch wieder auseinander fallen.“⁷⁰ Denkbar sind auch selbstverwaltete Einwohnerzentren, für die es aber ebenfalls Ansprechpartner/innen vor Ort geben müsste. Solche Ansprechpartner/innen könnten über die Einrichtung eines dauerhaften Quartiersmanagement in der Stadt geschaffen werden. Dabei müssten aber sicher nicht alle Stadt- bzw. Ortsteile in dieses System einbezogen werden.

1.5.2.2.3 Stadtteilbudgetierung

Im Zusammenhang mit einer stärkeren Stadtteilorientierung lässt sich eine spezielle Form der Mittelbereitstellung diskutieren, die in der Fachdebatte bereits einen breiten Raum einnimmt – die Stadtteilbudgetierung.⁷¹ Sie ist in den beiden Veranstaltungen in die Debatte eingebracht und kontrovers diskutiert worden. Dabei beschränkte sich die Orientierung nicht ausschließlich auf den sozialen Bereich, sondern nahm auch andere Felder (Grünflächen, Bebauung, Kultur, etc.) in den Blick. Als anderer Begriff kann der des Bürgerhaushaltes gesehen werden. Dazu gibt es aktuell das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann-Stiftung,⁷² an dem sechs Kommunen beteiligt sind. Das über solche Bürgerhaushalte auch mehr Verständnis für kommunale (Haushalts-)Politik in der Bevölkerung geweckt werden kann legt folgender Satz aus der Erläuterung nahe: „Ziele des Projektes sind, Bürgerinnen und Bürgern den kommunalen Haushalt verständlicher zu machen und Wege zu finden, sie bei der Haushaltsaufstellung mitwirken bzw. mitgestalten zu lassen, ohne den Gemeinderat als das gewählte Organ der Bürgerschaft in seinem Haushaltsrecht einzuschränken.“⁷³

Deutlich wurde auch benannt, dass die Kommune auf eine Grundsicherung bestimmter Leistungen, die also vorzuhalten sind, achten muss, denn bspw. darf das

70 Karl-Dieter Keim, Akteur-Netzwerke und Konstruktion von Handlungsfähigkeit in ungleichen städtischen Lebenslagen, in: Annette Harth, Gitta Scheller, Wulf Tessler (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 274-292 (hier S. 287)

71 Vgl. u.a. Erwin Jordan, Theorie und Praxis sozialräumlicher Planung und Entwicklung, in: Institut für Soziale Arbeit e.V. (Hrsg.), Fachforum zur sozialraumorientierten Planung in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Konzepte, Erfahrungen, Visionen, Münster 2001, S. 9 ff.

72 www.buergerhaushalt.de

73 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen. Zweiter Zwischenbericht, Düsseldorf o.J., S. 3

Wunsch- und Wahlrecht (in der Kinder- und Jugendhilfe) nicht außer Kraft gesetzt werden. Mit den im Rahmen einer Stadtteilbudgetierung vor Ort zur Verfügung stehenden Mitteln könnten über die partizipativen Möglichkeiten der dort mit den Anwohnerinnen gemeinsam zu treffenden Entscheidungen zu deren Verwendung auch ein stärkeres Bürgerengagement be- und präventive Ansätze gefördert werden. Der zurzeit geplante Übergang zu einer pauschaleren Finanzierung von Trägern könnte einen ersten Schritt in Richtung größere Flexibilität und Eigenständigkeit darstellen. Die Budgetierung der Stadtteile eröffnet ebenfalls die Möglichkeit einer Verbesserung bezüglich einer bedarfsgerechteren Bereitstellung von Hilfeleistungen, so dass Distanzen zwischen Hilfesuchenden und Trägern als entscheidende Stellen abgebaut würden. Eine mögliche positive Folge dieses Prinzips wäre die bessere Planungssicherheit der Träger, die sich innerhalb dieser Strukturen über jeweilig vorgehaltene Angebote verständigen könnten.

1.5.2.2.4 Partizipation der Stadtteilbewohner und Träger

Vor dem Hintergrund einer stärkeren Stadtteilorientierung würde sich die Partizipation der Bewohner an Entscheidungen über Mittel und Veränderungen in ihrem Stadtteil verbessern, wenn sie gewollt ist. Teilhabe kann über Stadtteilkonferenzen, Bürgersprechstunden oder ähnliche demokratische Formen gewährleistet werden. Die Ausnutzung der „Humanressourcen“ wird eine Verbesserung der Mittelauslastung mit sich bringen, da die Bewohner am besten wissen, wo die Probleme im Stadtteil liegen. Die Stadt sollte für die soziale Teilhabe ihrer Bewohner/innen Minimalstandards beschließen. Deutlich sollte allen Akteuren auf diesem Weg sein, dass diese Umstrukturierung einen langen Atem in Anspruch nehmen wird und Durchhaltevermögen insbesondere in der Aktivierung und Bürgerbeteiligung erfordert. In der Fachdebatte wird dagegen vor allem die bisher praktizierte Begrenzung der Bürgerbeteiligung (und der intersektoralen Kooperation) auf „räumlich und thematisch klar abgegrenzte Fördergebiete“⁷⁴ kritisiert. Es sollten also die Grenzen von Programmgebieten („Soziale Stadt“/URBAN) überschritten werden hin zu einer institutionalisierten Beteiligung in allen Stadtteilen.

Das diese Bürgerbeteiligung nicht eben einfach ist und von allein läuft wurde mehrfach thematisiert. Erfurt als Kommune hat ja über den AGENDA21-Prozess, URBAN und Programm "Soziale Stadt" bereits ein erhebliches Maß an – nicht immer positiven – Erfahrungen. Das es noch nicht, wie manchmal für Stadtteile in Kommunen

74 Monika Alisch, Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen 2002, S. 203



der alten Bundesländer beschriebenen Selbstorganisation der Bewohner/innen kommt, die dann selbst das Programm organisieren,⁷⁵

1.5.2.2.5 Beachtung von Prinzipien der sozialen Arbeit

Im Workshop sind häufig zu beachtende Prinzipien der sozialen Arbeit angesprochen worden, die nachfolgend Beachtung finden sollen. Um bspw. der Versäulung bzw. Zielgruppenorientierung in den Hilfeangeboten entgegenzuwirken und der bedarfsgerechten Planung entsprechen zu können kommt der Berücksichtigung des Lebenslagenansatzes zentrale Bedeutung zu. Benannt wurden weiter in diesem Zusammenhang die Entspezialisierung der Fachdienste hin zu multifunktionalen Hilfeleisterinnen, die Kenntnis über Einrichtungen und Träger innerhalb eines bestehenden Netzwerkes haben und Klienten vermitteln können. Entspezialisierung meint hier eher eine Spezialisierung hin zu Case-Managerinnen, die einerseits Problemfelder eines Klienten überblicken als auch verschiedene Hilfedienste aktivieren können. Die vorgehaltenen Angebote sollten eine Mischung aus individuellen Hilfen und gemeinwesenorientierte Maßnahmen darstellen. Gleichsam müssen mit einer solchen Umstrukturierung Weiterbildungsangebote und veränderte Ausbildungsinhalte einhergehen, die auch dazu dienen, Mitarbeiterinnenentsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Im Besonderen wären diese Maßnahmen den angesprochenen Kindertagesstättenleiterinnen anzubieten. Nicht unterschätzt werden sollte die Tragweite dieser Umstrukturierung und ihre Folgen auf die Personalstrukturen. Hierzu benötigt es alternative Einsatzmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen.

2. Literatur

- Alisch, Monika(Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001
- Alisch, Monika, Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen 2002
- Alisch, Monika, Vorwort, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 7-8
- Alisch, Monika, Zwischen Leitbild und Handeln. Alte Forderungen nach einer neuen politischen Kultur, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 9-26
- Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitung „Das Parlament“, B44/2003
- Berger, Peter A., Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung, in: ders., Peter Sopp(Hrsg.), Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 65-83
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter(Hrsg.), Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995

75 Vgl. u.a. Stärken und Potenziale der Stadtteile: Aktive Bewohnerschaft, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 139-160

- Bergmann, Nadja; Pimminger, Irene: GeM, Toolbox Gender Mainstreaming, Leitfaden zur Verankerung von GM in Institutionen; GeM Koordinierungsstelle GM im ESF – www.gem.or.at; L&R Sozialforschung, Wien 2001
- Brand, Dagmar; Hammer, Veronika: Balanceakt Alleinerziehend, Lebenslagen, Lebensformen, Erwerbsarbeit; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002
- Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend (Hrsg.), Gender Mainstreaming in der Kinder und Jugendhilfe; Diskussionspapier des BMFSJ in: FORUM Jugendhilfe 1/2002
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Bundesländern, Stuttgart, Berlin, Köln 1997,
- Dangschat, J. S.: Armut und soziale Ausgrenzung zwischen Armutsforschung und der Analyse sozialer Ungleichheit, in: Dangschat, J. S.: Modernisierte Stadt, Gespaltene Gesellschaft, Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, Leske und Budrich, Opladen 1999, S.13-45
- Dangschat, Jens S., Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 141-159
- Dangschat, Jens S., Wie nachhaltig ist die Nachhaltigkeitsdebatte, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 71-94
- Den Bedarf jetzt planen. Thüringer Mittelstand droht in den kommenden Jahren ein Fachkräftemangel, in: Thüringer Landeszeitung vom 05.03.2004, S. ZC RA 1
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002
- Ecarius, Jutta, Aufwachsen in Zeiten gesellschaftlicher Umstrukturierung. Ostdeutsche Bruchbiographien von Heranwachsenden im Kontext von Familie, Freizeit und sozialem Milieu, in: Jürgen Mansel, Georg Neubauer (Hrsg.), Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Opladen 1998, S. 67-89
- Elsner, Anette, Mehr Angebote für Kleinstkinder nötig. Tagespflege wird immer stärker nachgefragt – Bundestag soll Ausbau und Förderung beschließen, in: Thüringer Landeszeitung vom 15.03.2004, S. ZA ER 1
- Georg, Werner, Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie, Opladen 1998
- Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000
- Hater, Katrin: Sozialverträglichkeitsprüfung – Erfolgsbedingungen und Grenzen, in: Alisch, Monika (Hrsg.): Sozial – Gesund – Nachhaltig, vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts; Opladen 2001, S. 201-228
- Hermann, Heike; Lang, Barbara, Perspektiven des Sozialen in der Stadt, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 29-45
- Herrmann, Heike, Bürgerforen. Ein lokalpolitisches Experiment der Sozialen Stadt, Opladen 2002
- Iben, Gerd (Hrsg.): Kindheit und Armut, Analysen und Projekte, Münster 1998
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen. Zweiter Zwischenbericht, Düsseldorf o.J.
- Institut für Soziale Arbeit e.V.(Hrsg.), Fachforum zur sozialraumorientierten Planung in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Konzepte, Erfahrungen, Visionen, Münster 2001
- Jordan, Erwin, Theorie und Praxis sozialräumlicher Planung und Entwicklung, in: Institut für Soziale Arbeit e.V.(Hrsg.), Fachforum zur sozialraumorientierten Planung in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Konzepte, Erfahrungen, Visionen, Münster 2001, S. 9-17
- Kaczmarek, Hartmut, Bundesagentur vernichtet Jobs. Neue Vorwürfe gegen Gersters Behörde; „Es ist schon fünf nach zwölf“. Protest gegen Gersters Bundesagentur; in: Thüringer Landeszeitung vom 22.01.2004, S. 1 und ZC TH 2 (Landesspiegel)
- Keim, Karl-Dieter, Akteur-Netzwerke und Konstruktion von Handlungsfähigkeit in ungleichen städtischen Lebenslagen, in: Annette Harth, Gitta Scheller, Wulf Tessin (Hrsg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 274-292
- Kieselbach, Thomas; Lödige-Röhrs, Lena; Lünser, Astrid: Familien in der Arbeitslosigkeit in: Iben, Gerd (Hrsg.): Kindheit und Armut, Analysen und Projekte, Münster 1998, S. 38-56
- Krieger, Ingrid; Schläpke, Bernd, Sozialisation im Armuts-klima, in: Klaus Lompe (Hrsg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987
- Lompe, Klaus (Hrsg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987
- Lüttringhaus, Maria: Stadtentwicklung und Partizipation, Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt, Bonn 2000
- Manderscheid, Hejo, Selbstorganisationsprozesse im Stadtteil, kommunale Sozialpolitik und Verbändewohlfahrt, in: Heinz A. Ries, Susanne Elsen, Bernd Steinmetz, Hans Günther Homfeldt (Hrsg.), Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied, Kriftel, Berlin 1997, S. 253-266
- Mansel, Jürgen; Neubauer, Georg(Hrsg.), Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Opladen 1998



- Müller, Jens, Ein Beruf schon nach zwei Jahren. Zwei neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, in: Thüringer Landeszeitung vom 06.03.2004, S. ZC WI 1a
- Riehle, Eckart (Hrsg.), Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden, Wiesbaden 2001
- Riehle, Eckart; Seifert, Michael, Stolpersteine interkultureller Verwaltungskommunikation, in: Eckart Riehle (Hrsg.), Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden, Wiesbaden 2001, S. 11-35
- Ries, Heinz A.; Elsen, Susanne; Steinmetz, Bernd; Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.), Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied, Kriftel, Berlin 1997
- Ruge, Manfred, Lieber kleine Brötchen backen und überleben. Warum Kommunen, insbesondere in Ostdeutschland, in der Krise stecken, in Thüringer Landeszeitung vom 06.03.2004, S. 4
- Stärken und Potenziale der Stadtteile: Aktive Bewohnerschaft, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 139-160
- Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Dokumentation, Berlin 2002, S. 123-137
- Stender, Klaus-Peter, Operation Verwaltung: Gewinn durch kooperatives und integrierendes Handeln, in: Alisch, Monika (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 117-129
- Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Thüringen, Erfurt 2001
- Trojan, Alf; Stumm, Brigitte; Süß, Waldemar, Gesundheitsförderung als Gesamtpolitik: Leitbild und Programmatik nachhaltiger Gesundheit und Entwicklung, in: Monika Alisch (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 47-70
- Veil, Mechthild, Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitung „Das Parlament“, B44/2003, S. 12-22
- Weisser, Gerhard: Wirtschaft in: Ziegenfuss, Werner (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 970-1101
- Ziegenfuss, Werner (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1956



3. Teilnehmerliste

Anrede	Name	Vorname	Titel	Institution	Funktion
Frau	Adamek	Birgit		Gleichstellungsbeauftragte / Frauenbüro	
Frau	Baumgarten	Eva		Frauen- u. Familienberatungszentrum Erfurt e.V.	
Frau	Bonk-Lück			Amt für Baukoordinierung, Stadterneuerung, Denkmalpflege	
Herr	Brasche			Handwerkskammer Erfurt	
Frau	Braun	Sabine		Stadtkämmerei	
Frau	Braun			Einwohnermeldeamt / Ausländerbehörde	
Herr	Büschleb			Caritas/ Liga	
Herr	Deutschendorf			Jugendamt	
Herr	Domrös	Michael		VDK Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V.	Leiter der Landesvertretung Thüringen
Herr	Fraaß			Wohnungsbau-Genossenschaft Erfurt e.G.	Vorstandsvorsitzenden
Herr	Franke			Wohnungsbau-Genossenschaft "Erfurt"	Prokurist
Frau	Fülop			Stadtplanungsamt	
Herr	Griese			Amt für Wirtschaftsförderung	
Frau	Grüner	Dagmar		Gleichstellungsstelle / Frauenbüro	
Herr	Grusser	Gerald		Industrie- und Handelskammer Erfurt	Geschäftsführer
Frau	Hartwig	Sabine		Grone Personalvermittlung	
Frau	Heiland			Kommunales Jugendbildungswerk	
Herr	Hoffmann	Hanns-Herman		DGB Thüringen	Regionvorsitzender Mittelthüringen
Herr	Hölbig			Umweltprojekt- & Dienstleistungsgesellschaft mbH / UPD	Geschäftsführer
Frau	Hoyer	Sylvia		Stadtentwicklungsamt	
Herr	Ihling			Wohnungsbau-Genossenschaft Zukunft e.G.	
Frau	Jakobi	U.		FBW Förder- und Bildungswerk Gartenbau, Landschaftspflege, Umwelt und Forsten Thüringen e.V.	Geschäftsführer
Herr	Jost	Roland		Thüringer Aufbaubank	Leiter des Bereiches Kundencenter
Frau	Kalbfleisch-Kottsieper	Ulla		Europaunion Deutschland Kreisverband Erfurt e.V.	Vorsitzende



Herr	Keiner			Arbeitsamt	Direktor
Herr	Kiesel	Doron	Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt; Fachbereich Sozialwesen	
Herr	Kläser	Guido		Amt für Sozial- und Wohnungswesen	Amtsleiter
Frau	Kotzanek	Edeltraut		Stadtjugendring	Geschäftsführerin
Frau	Kraft			Ausländerbehörde	
Frau	Krause	Irina		Ausländerbeirat der Stadt Erfurt	
Frau	Kreibe			KoWo mbH Erfurt	
Herr	Kühl		Ministerial-Dirigent	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur	Abt-Ltr. Arbeitsmarkt und berufl. Bildung
Herr	Kühlmann			Wohnungsbaugenossenschaft "Zukunft e.G."	
Frau	Langnall			BWTW	
Frau	Liebner			BWAW gGmbH	
Frau	Lindner	Stephanie		Stadtentwicklungsamt	
Herr	Lukas	Helmut	Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Sozialwesen	
Herr	Lutz	Roland	Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Sozialwesen	Dekan
Frau	Mann	Beate		Personal-und Organisationsamt	
Herr	Mantel			Stadtentwicklungsamt	
Herr	Michel			Förder- und Bildungswerk Gartenbau, Landschaftspflege, Umwelt und Forsten Thüringen e.V.	
Herr	Mlejnek	Ingo		Dezernat Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaftsförderung	Beigeordneter
Frau	Morhard	Anette		Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V.	Geschäftsführerin
Frau	Münke			Personal-und Organisationsamt	
Herr	Neusser			Verband der Behinderten e.V., Behindertenbeirat der Stadt Erfurt	
Frau	Offin	Owusu		Büro der Ausländerbeauftragten	
Frau	Osterloh	Sylke		Stadtentwicklungsamt	
Herr	Paak	Michael		Amt für Baukoordinierung, Stadterneuerung, Denkmalpflege	
Frau	Persver		Dr.	Jüdische Landesgemeinschaft Thüringen	
Frau	Peschke			Thüringer Aufbaubank	
Frau	Peukert		Proseniorin	Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Evang. Kirchenkreis Erfurt	
Herr	Reichardt	Ulrich		Stadtentwicklungsamt	Amtsleiter
Frau	Reichmann			Stadtjugendring; Jugendhaus Maxi	



Herr	Resch	Peter		DFV-Landesverband Thüringen e.V.	Landesge- schäftsführer
Frau	Retzke			Landesversicherungsanstalt Thüringen	
Herr	Rieckhoff	Jörg		Thüringer Oberlandesgericht Soziale Dienste in der JustizJustizzentrum Erfurt Soziale Dienste in der Justiz	Justizsozialarbei- ter
Frau	Rohmann	Kristina	Dr. med.	Gesundheitsamt	Amtsleiterin, Amtsärztin
Herr	Roth	Helmut		Stadt-LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Erfurt	Geschäftsführer
Herr	Rötheli	Tobias	Prof. Dr.	Universität Erfurt, Staatswissenschaftli- che Fakultät	
Frau	Sareik		Dr.	Seniorenbeirat	Vorsitzende
Herr	Schmidt	Roland	Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt;Fachbereich Sozialwesen	
Frau	Schrappe			Arbeitsloseninitiative Thüringen e.V.	
Frau	Schreiber	Andrea		Arbeiterwohlfahrt, AJS gGmbH	
Herr	Schubert			Stadtentwicklungsamt	
Herr	Schuster	Michael		Deutsch-Amerikanische Gesellschaft Erfurt e.V.	Präsident
Herr	Seide	Ulrich		Dezernat Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit	Sozialreferent
Frau	Seidel			Schutzbund der Senioren und Vorruhe- ständler Thüringen e.V.	
Herr	Seyfarth	Peter		Stadtentwicklungsamt	
Frau	Sigusch			Gesundheitsamt	
Herr	Straßburg	Peter		Dezernat Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit	Sozialreferent
Frau	Tragboth			Arbeiterwohlfahrt, AJS gGmbH	
Frau	traubel	Cordula		Caritas Erfurt	
Frau	Tröster			Netzwerk für Integration für Spätaus- siedler und Migranten in der Landes- hauptstadt Erfurt	Projektleiterin
Frau	Tuche	Renate		Ausländerbeauftragte der Stadt Erfurt	
Frau	Vetterling	Birgit		Personal-und Organisationsamt	
Herr	Vogel			Jugendberufshilfe Thüringen e.V.	
Frau	West			AOK Erfurt	Geschäftsführerin
Herr	Wilhelms	Michael		BARMER	
Herr	Will	Hans-Dieter	Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt , Fachbereich Sozialwesen	
Herr	Winkelmann	Hans		Jugendamt	Amtsleiter
Herr	Winker	Peter	Prof. Dr.	Universität Erfurt, Staatswissenschaftli- che Fakultät	



Herr	Winkler	Bernd		Dezernat Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit	Beigeordneter
Frau	Zwiebler			Familyclub, Familienzentrum DFV	

Herr	Zeng	Matthias		BüroSoziale – Agentur für konzeptionelle Entwicklungen	
Herr	Nöthling	Carsten			
Frau	Elis	Petra			